

Ergebnisse und Materialien

Ausgabe Nr. 11, Jahrestagung 2017 vom 8./9. April 2017 in Mannheim • V.i.S.d.P.: Christoph Cornides

Dokumente und Berichte von der Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Dokumentiert – Das Tagungsprogramm: Samstag, 8. April, 13 bis 18.30 Uhr ...

- 13.15 Uhr Eröffnung, Organisatorisches
- 13.30 Uhr Vereinsangelegenheiten, Wahlen zum Vorstand
- 15–17.30 Uhr Arbeitsgruppen:
 - AG 1: **In der BRD droht ein Kulturkampf: Eine demokratische Religionsverfassung als linker Gegenentwurf.** Einleitung: Karl-Helmut Lechner, Norderstedt. Input: Christiane Schneider, Hamburg
 - AG 2: **Projekt Wegemarken/Kalenderblätter: Internationale Solidarität – Politische Traditionen und Wegemarken in den Ländern der Europäischen Union.** Einleitung: Rolf Gehring, Brüssel, Eva Detscher, Karlsruhe
 - AG 3: **Linkekritik.de – Arbeitsplattform und Archiv.** Vorbereitung: Barbara Burckhardt, Berlin, Martin Fochler, München, Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen.
 - 17.30–18.30 Uhr Berichte/ Anträge aus den Arbeitsgruppen

... und Sonntag, 9. April, 9 bis 12 Uhr:

AfD und Neue Rechte: Theorien, Ideologien, organisatorische Formierung – Bündnispolitik der Gegenkräfte für Menschenwürde, Demokratie, interkulturelle/ internationale Solidarität

(In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung der Linken). Beiträge von Autorinnen und Autoren der Politischen Berichte. Thema der jeweils anschließenden Diskussion soll die Sammlung und Klärung von Ansatzpunkten, Zielen und Handlungsmöglichkeiten der Politik gegen Rechts sein.

I. Bernard Schmid, Paris: **Frankreich vor der Präsidentschaftswahl: Droht ein Trump-Effekt zugunsten von Marine Le Pen?**

II. **AfD und neue Rechte:** Ulrike Detjen, Köln: Junge Freiheit als inoffizielles Parteiblatt der AfD – Schnittstelle zu Rechtskonservativen anderer Parteien und zur rechten Intelligenz, ideologische Übereinstimmungen und Brüche Eva Detscher, Karlsruhe; Alfred Küstler, Stuttgart: Stichwortgeber, ideologische Bezugspunkte und Anleihen der AfD – In der Partei AfD haben sich Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen von der Welt gefunden, teil-

weise sich widersprechende oder logisch ausschließende Positionen. Umlaufende Theorien in der Rechten spiegeln sich dort, jedenfalls zum Teil, wieder. Die Spannweite dieses rechten Spektrums ist groß, sowohl was die Auffassungen als auch was das Personal angeht. Im Beitrag wird versucht einen Überblick über umlaufende Theorien in der Rechten, über die öffentlich rechts auftretenden Personen bis hin zu Grenzgängern zu vermitteln. Jörg Detjen, Köln: Bündnispolitik gegen Rechts und gegen die AfD, Erfahrungen aus der Vorbereitung der Aktionen gegen den AfD-Parteitag in Köln. □

Inhalt

Protokoll der Jahrestagung am 8. und 9. April 2017 in Mannheim	1
Haushaltsbericht/Haushaltsplan	2
Politische Berichte und publizistische Kooperationsvorhaben – Konzeptdiskussion. Berichterstattung: MARTIN FOCHLER	3
<i>Arbeitsgruppenberichte</i>	
AG1 Eine demokratische Religionsverfassung als linker Gegenentwurf. Von KARL-HELMUT LECHNER, Norderstedt	5
AG 2. Projekt Wegemarken. Bericht EVA DETSCHER, Karlsruhe, ROLF GEHRING, Brüssel	9
AG IT-Kommunikation – Linke Kritik und Informationstechnologie. Bericht: MARTIN FOCHLER, München.	10

Tagung 9. April

Frankreich: Zum Front National (FN) und seiner aktuellen Lage. Von BERNARD SCHMID, Paris	12
Aus der Diskussion. MARTIN FOCHLER, München	16
Die Rechten wollen die Kulturhoheit – Illusionen darüber wären mehr als fatal. Von EVA DETSCHER, Karlsruhe	18
Peter Sloterdijk: Grenzgänger rechts, aber bestimmt kein Chefideologe. Von ALFRED KÜSTLER, Stuttgart.	19
Die AfD und die Junge Freiheit. Von ULRIKE DETJEN, Köln	19
Zur Vorbereitung der Aktionen gegen den AfD-Parteitag in Köln. Von JÖRG DETJEN, KÖLN	20

Protokoll der Jahrestagung am 8. und 9. April 2017 in Mannheim

Samstag, 8. April 2017:

1. 13.30–14.30 Uhr Vereinsangelegenheiten:

1.1 Martin Fochler berichtet aus dem Vorstand und aus der Redaktion Politische Berichte über den aktuellen Stand sowie über künftige Vorhaben (u.a. Wegemarken/Kalenderblätter, Quellenhefte, Glossar).

1.2 Rüdiger Lötzer erläutert den vorliegenden Haushaltsbericht 2016 und den Haushaltsplan 2017. Der Bericht

über die Kassenprüfung liegt vor, es gibt keine Beanstandungen, die Kassenprüfer beantragen die Entlastung des Vorstandes. Das geschieht einstimmig. Ebenfalls einstimmig wird der Haushaltsplan für 2017 gebilligt.

1.3 Wahlen:

a) Als Sprecherin und Sprecher werden Brigitte Wolf und Christoph Cornides einstimmig wiedergewählt.

b) Als Verantwortlicher für Finanzen wird Rüdiger Löt- ▶

► zer, als Kassenprüfer Harald Gindra und Michael Ohse einstimmig wiedergewählt.

c) In den erweiterten Vorstand werden als Block einstimmig gewählt: Eva Detscher, Thorsten Jannoff, Alfred Küstler, Jörg Detjen, Martin Fochler, Edith Bergmann, Karl-Helmut Lechner.

c) Als zusätzliche Mitglieder des Präsidiums werden Barbara Burkhardt und Claus Udo Monica einstimmig gewählt.

d) Zusätzlich zu dem bestehenden Herausgeberkreis der Politischen Berichte wird Karl-Helmut Lechner sowie in die Redaktion Internet/Dokumentation Barbara Burkhardt einstimmig gewählt.

2. Arbeitsgruppen: Themen, Berichte und Anträge

15–17.30 Uhr Diskussion in den Arbeitsgruppen

17.30–18.30 Uhr Berichte und Anträge aus den Arbeitsgruppen

AG 1: Thema „In der BRD droht ein Kulturkampf: Eine demokratische Religionsverfassung als linker Gegenentwurf“. Aus der Arbeitsgruppe berichtet Karl-Helmut Lechner. Unter Federführung von Karl-Helmut und Edda Lechner sowie Alfred Küstler wird eine Broschüre zum Thema erarbeitet (maximal 16 Seiten), die Kosten hierfür sind mit ca. 300 € veranschlagt. Das Vorhaben und die Finanzierung werden einstimmig gebilligt.

AG 2: Thema „Projekt Wegemarken/Kalenderblätter: Internationale Solidarität – Politische Traditionen und Wegemarken in den Ländern der Europäischen Union“. Aus der Arbeitsgruppe berichtet Eva Detscher. Aufgrund bestehender bzw. künftig möglicher Übersetzungsprobleme beantragt die Arbeitsgruppe für maximal zwei Kalenderblätter pro Jahr die Finanzierung professioneller Übersetzer. Kosten hierfür: 500 bis 1 000 €. Das Vorhaben und die Finanzierung werden einstimmig gebilligt.

AG 3: Thema „Linkekritik.de – Arbeitsplattform und Archiv“. Aus der Arbeitsgruppe berichtet Martin Fochler. Es wird ein Leitfaden für die Nutzung von linkekritik.de erstellt. Unbefriedigend ist zurzeit das auf der Plattform hinterlegte Kategoriensystem. Der „Arbeitskreises Kommunikation“ wird sich demnächst auf einem Treffen mit dem Problem befassen. Die Kosten hierfür: ca. 1 000 € (Reise- und Raumkosten). Das Vorhaben und die Finanzierung werden einstimmig gebilligt.

Sonntag, 9. April 2017, 9–12 Uhr:

3. Veranstaltung und Diskussion zum Thema: „AfD und neue Rechte: Theorien, Ideologien, organisatorische Formierung – Bündnispolitik der Gegenkräfte für Menschenwürde, Demokratie, interkulturelle/internationale Solidarität“. In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung der Linken.

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Haushaltsbericht für den Zeitraum 1.1. bis 31.12.2016 und Haushaltsplan 2017

(Alle Angaben in Euro)

	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Plan 2017
Beiträge	28.706,48	25.482,48	25.714,44	25.000,00
Ausgaben				
Politische Berichte	19.462,00	16.478,96	18.746,56	15.700,00
Aufwandentschädigungen	310,00	290,00	160,00	300,00
Reise- Raumkosten Vorstand	1.614,25	2.130,10	985,05	1.900,00
Reise- und Raumkosten Verein	3.810,00	3.122,60	3.515,85	3.600,00
Kosten Geldverkehr	184,08	157,25	137,72	150,00
Porto, Ergebnisheft	362,23	33,70	583,57	600,00
Gesamte Ausgaben	25.742,56	22.212,61	24.128,75	22.250,00
SALDO	+2.963,92	+3.269,87	+1.585,69	+2.750,00

Kassenbestand per 31.12.16 809,40 Euro

Kontobestand per 31.12.16 10.279,23 Euro

Zur Erläuterung:

Die Beitragseinnahmen waren in 2016 erfreulich stabil. Die Ausgaben lagen ebenfalls fast durchweg im Plan. Da der Vorstand in 2016 nur einmal zusammen trat, lagen hier die Ausgaben im Jahresverlauf niedriger als vorher erwartet. Bei den Ausgaben der Politischen Berichte ist eine Vorauszahlung für die Januar-Ausgabe 2017 enthalten, ansonsten traten auch hier keine unerwarteten Kosten auf.

Haushaltsantrag 2017:

Für die Haushaltsperiode 2017 wird der Haushaltsplan beantragt, der in der rechten Spalte dargestellt ist, d.h. Gesamteinnahmen von 25.000 Euro und Ausgaben in einer Gesamthöhe von 22.250 Euro, so dass am Ende des Haushaltsjahres mit einer erneuten Erhöhung der Rücklagen zu rechnen ist.

Berlin, den 1. Januar 2017

R.L.

Vormerken: Die Jahrestagung 2018 des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 24. und 25. März 2018 (Wochenende vor Ostern, „Palmsonntag“) in Mannheim

3.1 9–10.30 Uhr Bernard Schmid, Paris: Frankreich vor der Präsidentschaftswahl: Droht ein Trump-Effekt zugunsten von Marine Le Pen?

3.2 10.30–12 Uhr AfD und neue Rechte – Beiträge:

a) Ulrike Detjen, Köln: Junge Freiheit als inoffizielles Parteiblatt der AfD – Schnittstelle zu Rechtskonservativen anderer Parteien und zur rechten Intelligenz, ideologische Übereinstimmungen und Brüche. b) Eva Detscher,

Karlsruhe; Alfred Küstler, Stuttgart: Stichwortgeber, ideologische Bezugspunkte und Anleihen der AfD (Sloterdijk, Ethnopluralismus...) c) Jörg Detjen, Köln: Bündnispolitik gegen Rechts und gegen die AfD, Erfahrungen aus der Vorbereitung der Aktionen gegen den AfD-Parteitag in Köln („Wir stellen uns quer – Kein Rassismus bei uns in Köln – Köln ist bunt, nicht braun“).

Protokoll: Barbara Burkhardt, Claus Udo Monica

Politische Berichte und publizistische Kooperationsvorhaben – Konzeptdiskussion

Berichterstattung: Martin Fochler

Es folgt eine Ausarbeitung des nach Stichworten mündlich gehaltenen Vortrags bzw. der in der AG geführten Diskussion.

Einleitung

Bei unseren Überlegungen gehen wir von der Vermutung aus, dass der Prozess des Verlassens und Veraltens eingewohnter und eingeübter Deutungsmuster und Strategien linker Politik fortschreitet und die politischen und sozialen Bewegungen zu erheblichen Anstrengungen zwingt.

Das Projekt „Wegemarken“, das wir in Kombination mit den für die PB konzipierten „Kalenderblättern“ seit dem vorigen Jahr fördern, sollte den Blick für die spezifischen Wege schärfen, die das Emanzipationsgeschehen in der geschichtlichen Entwicklung, namentlich der Europäischen Staaten und insbesondere der EU-Mitglieder, genommen hat.

Dabei zeichnet sich ab, dass sich in diesen Ländern so etwas wie eine Akkumulation emanzipatorischer Güter ereignet, die sich zunächst in der öffentlichen Meinung formen und sodann gesetzliche Norm werden.

Wie nebenbei, wird dabei klar, dass sich Emanzipationsschritte der arbeitenden Klassen in übergreifenden, internationalen oder, wie man heute sagen kann, globalen Zusammenhängen ereignen. Wenn vor nun bald zwei Jahrhunderten die Arbeiterbewegung den Internationalismus als Strategie entdeckte und international verbreitete Ideen politisches Handeln im Rahmen von Nationalstaaten beflügelte, finden wir heute international geltendes Recht, Verträge, Institutionen vor, die, wie zum Beispiel die EU, öffentliche Angelegenheiten übergreifend bearbeiten.

Die Gesetzgebung in Nationalstaaten ist damit nicht mehr die ausschließliche Adresse politischer und sozialer Bewegungen. Sie müssten und sollten ihre Gestaltungsabsichten in einem internationalen zivilen Diskurs erarbeiten und zu erheblichen Teilen an internationale Institutionen adressieren.

Wenn sich Bedingungen emanzipierter Lebensgestaltung in der rechtlichen und politischen Architektur verfestigt haben, verliert ein tradiertes Verfahren politischen Opponierens an Sinn. Der soziale Missstand gilt nicht mehr „als Beweis der Untauglichkeit des ganzen Systems“, der Schatten fällt auch auf die Emanzipationsbewegungen. Warum verfehlen ihre Argumente die Mehrheit? Warum konnten sie „es“, in Ämter und Regierungen gelangt, nicht „besser machen“?

Diese komplizierte Verschiebung hat sich langsam ausgeprägt. Auf dem Gebiet des Deutschen Reichs sind spätestens seit Durchsetzung von Wahlrecht und Sozialversicherungen die arbeitenden Klassen nicht mehr ein „Nichts“, sondern ideell und materiell „Etwas“; seit der Erfahrung des NS-Regimes ist zudem die Möglichkeit handgreiflich, ins Nichts zurückgeworfen zu werden.

So ist nun eine Kritik und Politik gefragt, die Erreichtes trägt und festigt und auf dieser Grundlage emanzipatorische Projekte entwickelt.

Die kritische, sachhaltige Begleitung von Gesetzgebung,

Verwaltung, Regierung wird für linke Politik notwendig.

Strukturen politischen Engagements ...

In diesem Prozess wirken auch die kleinen Arbeitszusammenhänge, in denen Erfahrungen aus Jahrzehnten politischen Engagements geteilt und politisch reflektiert werden. Man findet sie in bunter Vielfalt als Meinungsbildner im zivilgesellschaftlichen Raum und in mehr oder weniger enger Kopplung mit den verschiedenen Parteien, auf deren Entscheidungen sie vornehmlich durch Argumente (und deren Geltung in der Öffentlichkeit) einwirken.

In unserem Verein kooperieren Leute, die gemeinsame Erfahrungen teilen, aber an verschiedenen Orten, in politischen, sozialen und kulturellen Engagements mit unterschiedlichen Schwerpunkten wirken.

Da kommt es darauf an, mit den kleinen Partikeln Zeit und Geld, die vom den sonstwie engagierten Einzelnen für den Verein erübrigt werden können, zu wirtschaften.

... und unsere Möglichkeiten:

- **Periodische Zeitschriften** unterliegen dem Zwang, die eigenen Überlegungen zum vorgegebenen Zeitpunkt in fester Form zu veröffentlichen und sich somit der Kritik des Publikums zu stellen. Das schärft den Blick für Schwächen vorhandener und für Leistungsfähigkeit neuer theoretischer Ansätze.

Im gesellschaftlichen Maßstab wird dies durch die weite Verbreitung des PDF-Formats belegt, das sich in der fließenden und veränderlichen Welt der neuen Medien fest etabliert hat, weil es die feste Form der gedruckten Publikation nachbildet.

- **Projekte & Untersuchungen.** Bei der Kooperation in Sachen Wegemarken – Kalenderblätter sehen wir die Verbindung von tastender Untersuchung mit der Produktion von Materialien der politischen Bildung für ein breiteres Publikum.

- **Themen- und Quellenhefte.** Wenn in der Parteipolitik, namentlich in der Programmatik, etwas entschieden werden muss, könnten Themen- oder Quellenhefte, die in übersichtlicher Form relevante Entscheidungsgründe vortragen, wirksam werden. Sie dazu AG-Bericht, Stichwort „demokratische Religionsverfassung“

- **IT-Kommunikation.** Der Einsatz von Informationstechnologie zur politischen Meinungs- und Willensbildung ist in voller Entwicklung. Auch unser kleiner Verein könnte ohne den Einsatz solcher Mittel gar nicht mehr arbeiten. Genauso sicher ist, dass nur wenige Wege der IT-Kommunikation in diesem kleinen Kreis sinnvoll beschritten werden können. Welche Mittel sind für die von uns beschlossenen Projekte dienlich? Auswahlkriterien wären:

Alle IT-Verfahren müssen erlernt werden. Dieser Aufwand ist niedrig zu halten. Auch die laufende Anwendung

verbraucht Aufmerksamkeit, und auch damit muss gespart werden. Die durch IT-Verfahren gestützte Kooperation bleibt Zusammenarbeit von Personen, die fair und demokratisch gestaltet werden muss. Es ergibt sich ein Feld, in dem Satzungs- und Geschäftsordnungsvereinbarungen mit technischen Verfahren wechselwirken.

Anhang: Ordnung unserer Publizistik – Strukturierung der Redaktionsgeschäfte – Gliederung der Politischen Berichte, Zeitlaufplan der Produktion

1| Politische Berichte – Zur Strukturierung der Publizistik

Der Verein nimmt den Bericht des Verlags über die Projektfinanzierung und den Bericht der Redaktion über die Entwicklung von Konzeption und Schwerpunkten entgegen, beschließt über den Antrag auf Druckkostenzuschuss und bestätigt den Herausgeberkreis und die Redaktion.

Der Verlag übernimmt die Herstellung der Druckvorlage und die Abo-Verwaltung, ist im Sinne des Presserechts Verleger und wickelt (per Vergabe) den Druck und Vertrieb ab.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber repräsentieren das Projekt in der Öffentlichkeit. Sie haben das Recht, auf dem Abdruck von Beiträgen zu bestehen.

Die Redaktion besteht aus geschäftsführenden Mitgliedern, die gewährleisten, dass die Beiträge für den Gliederungsabschnitt, für den sie im Impressum verantwortlich zeichnen, in den passenden Längen zusammenkommen. Um Themen zu pflegen und den Kontakt zum Kreis der Autorinnen und Autoren zu intensivieren, besteht eine erweiterte Redaktion, deren Mitglieder sämtlich, ggfls. mit Zuständigkeit, im Impressum benannt werden.

Feste Kooperationen

- **Die PB** stehen der Linken-ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“ für Mitteilungen offen sowie linkekritik.de zur Sammlung / Archivierung ihrer eigenen Publikationen. Verbindung: Sprecher/in der ArGe.

- **WEGEMARKEN** – eine Initiative von europäischen Gewerkschaftern (Brüssel), unterstützt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation sowie der ArGe Konkrete Demokratie und soziale Befreiung, nutzt die PB zur Publikation der „Kalenderblätter“ und linkekritik.de als Arbeitsplattform. Verbindung: Rolf Gehring, Brüssel, Eva Detscher, Karlsruhe.

- **IT-Kommunikation und Dokumentation.** In Kooperation mit der Linken-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung und der Wegemarken-Initiative werden (von diesen geförderte bzw. empfohlene) periodische und nicht-periodische Publikation im PDF-Format, gesammelt. Sie werden durch eine Volltextsuche und – nach Möglichkeit und nach und nach – durch ein Autoren- und Sachregister erschlossen.

Der Arbeitskreis stellt somit archivarische und technische Dienstleistungen für den Verein und Kooperationsprojekte bereit.

Im Verlauf dieses Sommerhalbjahres kann ein Leistungsprofil mit persönlichen Zuständigkeiten entwickelt werden. Beteiligte: Barbara Burckhardt (Archiv), Martin Fochler (Technik und Organisation), Thorsten Jannoff, (PB Verarbeitung), Christoph Cornides, Eva Detscher, Thorsten Jannoff, Rosemarie Steffens, Holger Wagner.

2| Gliederung der Politischen Berichte: Stand Mai 2017

Im Bereich **AKTUELLES** stehen: **Notizen**, die auf aktuelle Medienmitteilungen zu in PB gepflegten Themen hinweisen. **Schwerpunktprojekte**, die den Hintergrund von Ereignissen bzw. Entscheidungen ausleuchten, in politischen Entscheidungsprozessen plädieren und häufig mit

Dokumentation verbunden sind. **Artikel**, die ereignisbezogen die Entwicklung eines Gegenstandes begleiten.

Auslandsnachrichten verweisen auf Bestrebungen sozialer und demokratischer Bewegungen

AKTIONEN UND INITIATIVEN – Nachrichten, die zivilgesellschaftliche Bewegungen aufgreifen und diese auf Politik in den Institutionen beziehen.

REGIONALES ... stellt politische Projekte bzw. Problemlagen im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung und der Landespolitik vor und bietet in den Rubriken – **Kommunale Politik** eine thematisch dazu geordnete Auswahl von Beschlüssen / Initiativen und im – **Blick in die Presse** Stellungnahmen relevanter Verbände

Im Bereich **GEWERKSCHAFTLICHES** geht es um Initiativen in Richtung Sozialgesetzgebung sowie um normensetzende Tarifvereinbarungen. Der „Blick in die Presse“ kann fallweise auch diesem Bereich zugeordnet werden.

RECHTS-AUSSEN registriert die Entwicklung nationalistisch-völkischer Politik, es geht dabei um die Entwicklung der sie tragenden Verbände wie um die Ausbreitung der von ihnen verfochtenen Ideen.

DISKUSSION UND DOKUMENTATION interessiert sich für Beiträge bzw. Gegenstände der linken Strategiedebatte. Die **KALENDERBLÄTTER** werden in Kooperation mit dem Projekt Wegemarken erstellt, Konzept siehe dort.

PUBLIKATIONEN UND TERMINE notiert Neuerscheinungen, Einladungen zu Fachkonferenzen usw., die im Zusammenhang mit von den PB behandelten Themen stehen.

3| Zeitlaufplan – die Politischen Berichte geben den Takt

Die Termine des Erscheinens der Politischen Berichte werden für ein Jahr im Voraus festgelegt und öffentlich bekannt gemacht. Im Folgenden die Darstellung der Produktion am Beispiel einer Ausgabe:

Drucklegung, Versand und Bereitstellung der Online-Ausgabe sind stets an einem Donnerstag beendet.

Am Freitag danach geht ein Produktionsbericht an die Mitglieder der Redaktion und der Herausgeberkreise, in dem folgende Daten enthalten sind:

- Die Webadresse, unter der das IT-Produkt aufgerufen werden kann.

- Ein Link zur Projektliste für die nächste Ausgabe mit der Berechtigung „pbplan-eintrage“

- Ein Link zur Projektliste für die nächste Ausgabe mit der Berechtigung „pbplan-anzeigen“

Die Projektliste ist kein öffentliches Dokument. PB-Autorinnen und -Autoren können den Link mit der Berechtigung „pbplan-anzeigen“ erhalten.

Die Projektliste, die per Link von jedem beliebigen System aus aufgerufen und bearbeitet werden kann, enthält:

- Das Datum für die inhaltliche Abstimmung (Freitag, 10 Tage vor dem Druck)

- Das Datum für die Vorproduktion (Freitag, 3 Tage vor dem Druck)

- Das Datum für die Endproduktion (Montag, 1 Tag vor dem Druck).

- Einen Hinweis zum Vorgehen bei der Bearbeitung (Farbmarkierungen).

Bei Start enthält die Liste die Gliederungsabschnitte der PB mit Verbindungsdaten zu den geschäftsführenden Redaktionsmitgliedern, bereits vorliegende Projektvorschläge sowie im Anhang Nachrichten über längerfristig geplante bzw. verschobene Vorhaben.

Die Liste kann und soll die Kommunikation zwischen den Redaktionsmitgliedern nicht ersetzen, sondern erleichtern und Ergebnisse von Absprachen innerhalb der Redaktion bzw. mit Autorinnen und Autoren transparent machen.

□

AG1 Eine demokratische Religionsverfassung als linker Gegenentwurf

Von Karl-Helmut Lechner

Etwas reißerisch bestimmen gegenwärtig Bücher und Titel wie: „Die Rückkehr der Religionen: Fundamentalismus und der Kampf der Kulturen“ von Martin Riesebrodt, oder „Die Wiederkehr der Götter“ von Friedrich Wilhelm Graf die öffentliche Diskussion um Religion. Versucht man dann das komplexe Feld der Religionspolitik sich näher zu erschließen, fällt auf, dass diese Debatte gerade in Deutschland in erster Linie so geführt wird, dass aus religiösen Gewissheiten, Wahrheiten und Offenbarungsansprüchen im Wesentlichen nur Intoleranz, Mord und Terror erwachsen. Einen schwarzen Vollbart, ein Kopftuch zu tragen und jeder Ruf „Allahu Akbar!“ sind dafür dann für ach so aufgeklärte Menschen Beweise genug.

„Religionspolitik“ als strategisches Defensivkonzept

Bevorzugt unter sicherheitspolitischen Erwägungen erfolgt seither die zu verzeichnende Zunahme der innerhalb und außerhalb von Theologie und Religionswissenschaft geführte Beschäftigung mit religiösen Phänomenen. Auf die „Herausforderung“ durch religiös motivierte Gewalt — insbesondere in Form des islamistischen Fundamentalismus und Djihadismus — müsse man reagieren. Von christlichen Fundamentalisten, die mit der Flinte vor Abtreibungskliniken stehen, ist nicht die Rede. Und dann kann man die endlosen Wortmeldungen sehen, hören und lesen, wenn die Verbesserungsvorschläge erörtert werden: Es geht dann um Auswertung von Informationen zum radikalisierenden Potential konkreter Glaubensrichtungen, um Überlegungen, Religionen zu „zivilisieren“, gezielt Einfluss zu nehmen auf die Vermittlung von Glaubensinhalten (z.B. im Kontext der Imamausbildung) und natürlich um Überwachung durch Geheimdienste. Angesichts dieser Ausgangsbasis wäre demnach „Religionspolitik“ heute vor allem als strategisches Defensivkonzept zu verstehen, mit dessen Hilfe die negativen Auswirkungen übersteigerter Glaubensüberzeugungen einzudämmen sind. Links und rechts wird da gewaltig gedröhnt.

Im Schatten der medial präsenten Diskussion über Religionen ist allerdings inzwischen auch die Frage — allerdings viel leiser — nach den vorhandenen Ressourcen zurückgekehrt, die religiös-ethische Ideale für den demokratischen Rechtsstaat entfalten könnten. Vom „Sozialkapital“ der Religionen ist dabei die Rede, den vorpolitischen, religiös in Mythen vorgebildeten Grundlagen der Demokratie oder, wie vergangenes Jahr, als die Debatte im Kieler Landtag zum „Gottesbezug“ in der Verfassung geführt wurde, den Grenzen demokratischer Verfügungsgewalt als „Demutsformel“.

Den aktuellen Stand dieser Kontroverse wollen wir heute betrachten. Es ist nicht leicht, angesichts der zunehmenden Pluralität der religiösen Richtungen und Erscheinungsformen, der gestiegenen gesellschaftlichen Bedeutung des Islam und der damit verbundenen Konfliktpotentiale, sich in dieser Debatte zurecht zu finden und — vor allem — für sich eine politisch handlungsfähige emanzipatorische Position einzunehmen. Dem soll mein Versuch einer Positionsbestimmung in dieser Debatte dienen. Ich hoffe, sie ist auch hilfreich für unsere Positionierung gegenüber den „Laizisten“ innerhalb der Partei Die Linke, aber ebenso gegenüber den aktiven „Christen in der Linken“.

Um in dieser Debatte sich zurecht zu finden, ist es meiner

Meinung nach sinnvoll, wenn wir uns vorweg mit der sogenannten „Säkularisierungsthese“ befassen. Sie besagt, knapp beschrieben, dass im Zuge der Aufklärung der letzten Jahrhunderte, zusammen mit technischem Fortschritt, Industrialisierung und Verstädterung der Lebensweisen, der religiöse Glaube sich quasi von selbst verflüchtigt und obsolet wird. Viele haben darauf lange genug gewartet — aber immer noch rufen die Glocken und der Muezzin zum Gebet; und, wie es scheinen will, heute im verstärkten Maße. Gehört am Ende anthropologisch gesehen Religion als ein Wesensmerkmal zum „Menschen“ — in welcher Form auch immer?

Die kritische Religionswissenschaft formuliert in diesem Zusammenhang vier gegenläufige Beobachtungen, die in ihren Widersprüchen zusammengehören:

So ist es erstens durchaus plausibel, dass der Fortschritt des technischen und naturwissenschaftlichen Wissens mitsamt der dadurch erhöhten Sozial- und Naturkontrolle zu einem abnehmenden Bedarf an religiösen Weltdeutungen führt, andererseits aber gerade eine neue Konjunktur von Sinnfragen bzw. eine neue Offenheit für spirituelle Angebote und letzte Wahrheiten begründet.

Die gleiche Ambivalenz lässt sich zweitens aus der funktionalen Differenzierung der Religion ableiten, die sowohl einen Rückzug aus vielen sozialen Bereichen nach sich zieht, als auch andere Bereiche neu autonom garantiert.

Sogar der soziale Prozess der Individualisierung, einer der sichtbarsten Merkmale moderner Gesellschaften, ist drittens mit gegensätzlichen Folgen zu verbinden: Mit einer Schwächung und zugleich Stärkung der religiösen Bindung des Einzelnen, der sich zwar von religiösen Institutionen befreit, zugleich sich aber in individuellen Glaubensüberzeugungen die persönliche Sicherheit zurückholt.

Schließlich ist viertens die verstärkte Pluralisierung von Werten und Identitäten in der Moderne ebenso in der Lage, den Gültigkeitsanspruch der Glaubenslehren einzelner Konfessionen zu untergraben, wie sie — gemäß dem auf Adam Smith zurückgehenden Marktmodell der Religionen — diese umgekehrt zur Bereitstellung von attraktiven Leistungen für alte und neue Mitglieder herausfordert und dadurch neu belebt.

Niklas Luhmann: „Die Religion der Gesellschaft“

Diese Kontroverse unter den Sozialwissenschaftlern wurde von Niklas Luhmann bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre herausgearbeitet. Luhmann hat in seinen Untersuchungen die heute empirisch belegbaren Vorgänge der „Entkirchlichung“, der „De-Institutionalisierung“ der Religionen sowie des Rückgangs „des organisierten Zugriffs auf religiöses Verhalten“ ausdrücklich nicht mit einem generellen Bedeutungsverlust der Religion gleichgesetzt (vgl. dazu: Niklas Luhmann: „Die Religion der Gesellschaft“, 2000, S. 280). Genauso wenig aber dürfe, so Luhmann, der Begriff der Säkularisierung, der infolge des ausgebliebenen Niedergangs der Religionen von vielen Wissenschaftlern als „unbrauchbar“ eingestuft werde, „ersatzlos“ gestrichen werden. Die „gravierende[n] Veränderungen“ im Verhältnis von Religion und Politik, die „um 1800 offen zutage“ traten und bis heute wirken, sind unbestreitbar.

Diese Änderungen betrafen, wie Luhmann an anderer Stelle seines Buches ausführt, vor allem den Rückzug der ▶

Religion aus Bereichen, „in denen sie früher eine Funktion erfüllte“ hat, also etwa die „Letztabsicherung der Geltung von Normen“, die „Begründung politischer Autorität, Deckung von kriegerischer Gewalttätigkeit, Eroberungszügen, Missionierungen“ sowie letztlich die gesamte soziale „Wissensbegründung“ (a.a.O., S. 144). Jene Entwicklung sei jedoch nicht einfach mit einem „Funktionsverlust“ der Religion in der modernen Gesellschaft gleich zu setzen. Vielmehr müsse man „mit der Möglichkeit rechnen, dass unter der Bedingung eines Rückzugs aus vielen anderen Funktionsbereichen, eines Verzichts auf „social control“ und Legitimierung politischer Macht, die Chancen für Religion sogar steigen“, so Luhmann, a.a.O., S. 145, ausdrücklich. Damit ist weniger die verstärkte Inklusion von Individuen in (traditionell) religiös bestimmte Sozialzusammenhänge gemeint. Das Disziplinierungspotential der Religionen in der Moderne reduziert sich durchaus. Es entwickelt sich eine Koexistenz von religiöser und religiös indifferenter Lebensführung, die einhergeht mit einer Vielfalt religiöser Phänomene mit fließenden Übergängen zwischen Religion, Esoterik oder Spiritualität bzw. Sakramen und Religiösem.

Nach Niklas Luhmann ist der Begriff der Säkularisierung infolgedessen nicht etwa als Zeichen für eine tendenziell anti- oder areligiöse Gesellschaft zu verstehen, sondern als „eine Beschreibung der anderen Seite der gesellschaftlichen Form der Religion, [...] die Beschreibung ihrer innergesellschaftlichen Umwelt“, und dies eben ist eine Beschreibung durch die Religion selbst (a.a.O. S. 282). „Religion und Säkularisierung stellen nur in einem religiösen Kontext eine Opposition dar.“ In der gesellschaftlichen Wirklichkeit variiert und differenziert sich Religion aus.

Religion und Säkularisierung gehören dadurch als Begriffe untrennbar zusammen. Es sind die zwei Seiten einer Medaille. Es geht gar nicht darum, nach einem Entweder-Oder zu fragen, stirbt Religion ab oder ist sie verstärkt im Kommen. Es ist notwendig, nach der spezifischen Rolle der Religion in der jeweiligen Gesellschaft zu fragen.

Nach Niklas Luhmann lässt sich diese „Funktion“ der Religion — und er bezieht sich damit mit einem Zitat bewusst auf Hegel, als Kritiker der Religion — als „Hilfeleistung bei der individuellen und sozialen Kontingenzbewältigung“ beschreiben: „wenn man einzusehen hat, weshalb nicht alles so ist, wie man es gern haben möchte“ (Luh-

mann a.a.O., S. 122). Ohne dass die Religion noch wie in der Prämoderne „eine notwendige Vermittlungsinstanz ist, die die Beziehung aller gesellschaftlichen Aktivitäten zu einem Gesamtsinn herstellt“ (a.a.O., S. 125). Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770 bis 1831) hatte es so ausgedrückt: „Ebenso weiß sich der Mensch als ein Zufälliges, Vergängliches, und in diesem Gefühl geht er über das Einzelne hinaus und erhebt er sich zu dem Allgemeinen, zu dem Einen, das an und für sich ist, einem Wesen, dem diese Zufälligkeit und Bedingtheit nicht zukommt, das vielmehr schlechthin die Substanz gegen dies Akzidentelle und die Macht ist, dass dieses Zufällige ist und nicht ist. Religion ist nun eben dies, dass der Mensch den Grund seiner Unselbständigkeit sucht; er findet erst seine Beruhigung, indem er das Unendliche vor sich hat.“ (Vorlesungen über die Religion, Bd. 1, S. 306)

Die „praktische Konkordanz“

Niklas Luhmann geht keineswegs naiv mit Religion um. Er bestreitet, dass Religion, wie besonders von Durkheim vertreten, überhaupt als sozialer Integrationsfaktor fungiert. „Religion gehört, ganz im Gegenteil, zu den erstrangigen Konfliktquellen, und dies nicht nur in der modernen Gesellschaft.“ (a.a.O., S. 121)

Als Schlussfolgerung aus der von Luhmann erarbeiteten Analyse ergibt sich für mich als eine adäquate emanzipatorische Religionspolitik: Wir haben uns danach auszurichten, wie die Bedingungen für die Möglichkeit eines demokratischen Umgangs mit den Widersprüchen und Problemen, die im Bereich der Religion bzw. Religionsgemeinschaften zwischen Menschen und Gemeinschaften entstehen, mit dem Ziel der Befriedung und eines demokratische geordneten Zusammenlebens entwickelt, ausbaut, und stabilisiert werden können.

Dazu gehört grundlegend die Integration der gläubigen Individuen in den demokratischen Rechtsstaat auf der Grundlage garantierter Religionsfreiheit und eine zurückhaltende und moderierende Festlegung verfassungsrechtlicher Grenzen für religiöse Praktiken. Demokratie hat Formen und Wege, Konflikte auszutragen. Gesetzgebung und Rechtsprechung müssen dazu mit ihren Mitteln beitragen.

Eine gezielte politisch-programmatische Einflussnahme auf Glaubensinhalte oder Religionspraktiken hingegen —



**Giovanni Bellini:
„Beschnidung Jesu“
um 1500**

z.B. durch Bevorzugung oder Benachteiligung konkreter Gruppierungen innerhalb einer Religionsgemeinschaft — und damit sind wir bei der Kritik an der laizistischen Position — würde die Autonomie von Religion und Politik und gar die weltanschauliche Neutralität des Staates verletzen.

Laizismus und Säkularismus sind, und da können wir sehen wie fortschrittlich die Weimarer Verfassung von 1919 an diesem Punkt war und heute noch ist, selbst Weltanschauungen. Eine Weltanschauung unter vielen und neben anderen. Wer nicht will, dass die Pfaffen sein Denken bestimmen, der kann auch nicht wollen, dass Parteifunktionäre und deren „Ideologiebeauftragte“ oder, wie früher nach dem Gesetz zur von 1905 zur *Laïcité* in Frankreich, die „Kultuspolizei“ bestimmen dürfen, wie ich zu denken, zu fühlen und zu handeln habe.

Kruzifix und Beschneidung

Sieht man sich dazu zentrale Rechtsfragen im Hinblick auf die Rolle der Religion im öffentlichen Raum an — dabei ging der Streit in den letzten Jahrzehnten hierzulande in der BRD bevorzugt um religiöse Symbole — zeigt sich, dass die einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts erfreulicherweise exakt jenen Respekt vor Religion und diese lebenden gesellschaftlichen Gruppen durch demokratische Lösungen und Regelungsvorschläge entwickeln, wie sie sich aus dem dargestellten Luhmannschen Ansatz plausibel ergeben. Verfassungsrechtlich gibt es dafür den Begriff der „praktischen Konkordanz“. Dieser Begriff beschreibt, dass „verfassungsrechtlich geschützte Rechtsgüter in der Problemlösung einander so zugeordnet werden müssen, damit beide zu einer optimalen Wirksamkeit gelangen können.“ Konkret heißt das zum Beispiel beim „Kruzifixurteil“ von 1995 (BVerfGE 93,1), dass die Zuständigkeit des betroffenen Landesgesetzgebers, mit denen die Umfänge und Grenzen der weltanschaulichen Neutralität bzw. des Erziehungsauftrages des Staates gemäß Art. 7. Abs. 1 Grundgesetz (GG) auf der einen und der individuellen Glaubensfreiheit (Art. 4 GG) bzw. dem elterlichen Erziehungsrecht (Art. 6 Abs. 2 GG) auf der anderen Seite moderierend zum Ausgleich zu bringen sind. Dieser Ausgleich ist daher de facto jeweils eher zugunsten der Ansprüche der betroffenen Religionsgemeinschaften ausgefallen.

Als weiteres Beispiel für diese Art der Rechtspraxis ist die Debatte über das „Beschneidungsurteil“ des Landgerichts Köln zu nennen. Hier wollte zunächst der Rechtsstaat der Religion am Gebot der körperlichen Unversehrtheit des Kindes ihre Grenzen aufzeigen. Dann aber wurde aufgrund des Insistierens von Juden und Muslimen auf ihr religiöses Selbstbestimmungsrecht politisch eine Regelung gefunden: Der Bundestag beschloss im Dezember 2012 mit den Stimmen der Regierung und eines nicht geringen Teils der Opposition ein Gesetz, das die Beschneidung von jüdischen und muslimischen Jungen in Deutschland unter der Voraussetzung gestattet, dass der Eingriff „nach den Regeln ärztlichen Kunst“ erfolgt. Das identitätsstiftende Ritual der Beschneidung ist als ein integraler Bestandteil der jüdischen und muslimischen Religion zu akzeptieren. Für die „christlichen Abendländer“ sei an dieser Stelle einmal mehr darauf hingewiesen, dass auch Jesus ein Jude war.

Dieser Kompromiss, der die zugrunde liegenden Rechtskonflikte auf den ersten Blick hin eher notdürftig kaschiert und objektiv nicht wirklich löst, ja, auch nicht lösen kann — denn alles andere wäre ja tatsächlich ein Eingriff des Staates in das Recht von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, ihre jeweiligen Glaubensinhalte selbst zu bestimmen und das steht ihm gemäß Grundgesetz nicht zu –, wirkt in seiner Rücksichtnahme gegenüber der Auto-

nomie der Religionsgemeinschaften friedensstiftend. Und allein darauf kommt es uns hier an. Nicht, ob diese Entscheidungen in irgendeiner Art und Weise dem Anspruch einer wie auch immer aufgeklärten „Religionskritik“ entspricht.

Mit dieser Art säkularer Rechtsprechung und Politik wird die politische Bedeutung der Religion in den modernen Gesellschaften ernst genommen und im Sinne einer religionsverfassungsrechtlichen „Konkordanz“ demokratisch geordnet. Die Religion ist damit auch oder vielmehr gerade in der sich säkularisierenden Demokratie ein Gegenstand öffentlich-rechtlicher Politik — was den weltanschaulich neutralen Staat wiederum in die Lage versetzt, Glaubensgemeinschaften einen besonderen Status zuzugestehen und mit ihnen zu kooperieren. Gilt doch: Was getrennt ist, kann auch von Fall zu Fall kooperieren.

Umgekehrt: Will Religion bzw. wollen die Religionsgemeinschaften die politische Willensbildung der Gesellschaft nach Maßgabe konkreter Glaubensüberzeugungen beeinflussen, haben sie sich dazu der gegebenen Prozeduren der Demokratie z. B. durch Teilnahme am öffentlichen Diskurs, Interessenvertretung im pluralistischen Staatswesen, durch formelle bzw. informelle Beziehungen und Kontakte, Gründung religiös ausgerichteter Parteien und Verbände, zu bedienen.

Damit ist meines Erachtens die „strukturellen Koppelung“ zwischen der Politik auf der einen und der dem System der Religion beschrieben.

Der öffentlich-rechtliche Status für Religionsgesellschaften

Religion ist in der Gesellschaft der BRD heutzutage eine höchst private und individuelle Angelegenheit. An die Stelle traditioneller Autoritätshörigkeit sind Mündigkeit durch religiöse Bildung sowie Patchwork-Religiosität getreten. In der modernen Gesellschaft ist Religion in starkem Maße „individualisiert“. Das heißt aber ganz und gar nicht, dass jeder Mensch „alles alleine mit seinem Herrgott ausmacht“. Religion wird ganz überwiegend in Formen religiöser Vergesellschaftung gelebt. Ohne kommunikative und performative Vollzüge ist Religion als Religion kaum vorstellbar. Wenn es in der Bibel heißt: „Wo zwei oder drei in meinem Namen beisammen sind ... da bin ich mitten unter ihnen“ (Matthäus 18, 20), so gibt das auch dem säkularen Recht einen Hinweis. Oder die Zehner-Zahl, die erreicht werden muss, wenn Juden sich zum Gebet treffen. Religion ist gesellschaftlich betrachtet — und damit sind wir in der Perspektive des Rechts — ein zwischenmenschliches Phänomen. Die meisten Religionen werden nicht bloß kollektiv durch Zusammenkunft und lose Assoziation von Gläubigen gelebt. Vielmehr entwickelt das religiöse Kollektiv eine eigene Identität und will als solches handeln. Rechtsordnungen sehen dafür seit alters her das Institut der juristischen Person vor.

Rechtliche Grundtypen religiöser Organisation

Moderne Verfassungsstaaten kennen deshalb durchgängig Vorschriften zur religiösen Selbstorganisation der Gläubigen. Doch wie diese Vorschriften genau ausgestaltet sind, unterscheidet sich von Staat zu Staat deutlich. Teils werden die allgemeinen zivilrechtlichen Organisationsformen angeboten, teils religiösen Entitäten vorbehaltene Sonderformen, die ihrerseits privat-rechtlich oder öffentlich-rechtlich ausgestaltet sein können. Die jeweilige Religionsgeschichte hat sich tief in das Recht eingeschrieben. Das religiöse Organisationsrecht der europäischen Staaten ist Produkt ihrer religiösen Konfliktgeschichte und zwar in einem doppelten Sinne: Produkt des Konflikts zwischen Kirche und modernem Staat, in dem beide Seiten jahrhun-

Trennung der Kirche vom Staat.



„Trennung von Kirche und Staat“, Karikatur ca. 1850-1859

dertelang um Suprematie bzw. Emanzipation rangen, aber auch Produkt des Konflikts im Umgang mit religiösen Abweichlern, mit Minderheitenreligionen im jeweils eigenen Land.

Daher das Nebeneinander von privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Organisationsformen. Es lässt sich am Beispiel Deutschlands anschaulich zeigen: Die Gründung von religiösen Organisationen wird grundsätzlich durch die Religionsfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG) gewährleistet. Diese Freiheit kann nach dem deutschen Verfassungsrecht in zweierlei Weise ausgeübt werden: Zum einen erwerben Religionsgesellschaften die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts (Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 4 WRV), am naheliegendsten nach dem Vereinsrecht. Daneben besteht aber auch eine öffentlich-rechtliche Rechtsform: Die sogenannte „Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Gemeinschaften, die 1919 diese Rechtsform noch nicht innehatten, ist durch das Grundgesetz ein Anspruch darauf eingeräumt, wenn sie „durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer“ bieten (Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 5 Satz 2 WRV) diese Rechtsform für sich auf Antrag zu erhalten.

In diesem Nebeneinander privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Organisationsformen scheint eine wechselvolle Geschichte durch: Die öffentlich-rechtliche Rechtsform ist in gewisser Weise „Liquidationsrest vergangenen Staatskirchentums“, wie es in der einschlägigen Literatur heißt. Denn nach der Reformation blieb die Kirche Teil der öffentlichen Ordnung. Unter Bedingungen konfessioneller Spaltung war der ehemals einheitliche „Corpus christianum“ des „Heiligen Römischen Reiches“ nur noch für den territorialen Bereich der jeweiligen Landesfürsten gültig. Spätestens mit dem Westfälischen Frieden von 1648 kam ein weiterer kräftiger Säkularisierungsschub hinzu.

Im Zuge des weiteren Auseinandertretens von Staat und Kirche im 18. und 19. Jahrhundert setzte sich diese Tradition, die Kirche als Teil der öffentlichen Ordnung zu begreifen, fort. Für den aufgeklärten „Policey- und Wohl-

fahrtsstaat“ des 18. Jahrhunderts gehörte die christliche Religion zum Ensemble seiner unreligiös verstandenen Herrschaftstechniken.

So bestimmte das preußische Allgemeine Landrecht (ALR) von 1794, dass jede Kirchengesellschaft „ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnung gegen ihre Mitbürger einzuflößen“ hatte (§ 13 II 11 ALR). Doch die Religionsgemeinschaften waren nicht in gleicher Weise berufen, eine solche für den modernen Staat „nützliche“ Rolle zu spielen. Das allgemeine preußische Landrecht differenzierte feinsinnig zwischen „öffentlich aufgenommenen“ und „geduldeten“ Kirchengesellschaften. Dazu gehört insbesondere der Status der Juden.

Rückwirkungen auf heutige Fragestellungen

Mit der mit der Weimarer Verfassung entwickelten öffentlich-rechtlichen Rechtsform „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ gehen weitreichende Rechte einher. Das wichtigste Folgerecht ist im Grundgesetz selbst genannt: Die Religionsgesellschaft kann ihren Mitgliedern Steuern auferlegen. Weitere Vorzugsrechte für öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften sind in einer Vielzahl von Staatskirchen-Verträgen oder gesetzlich im sogenannten „Privilegienbündel“ der christlichen Kirchen festgeschrieben. Sie erweitern den öffentlichen Wirkungsraum der Religionsgesellschaften und stellen sie frei von staatlicher Kontrolle.

Da seit 1919 in Deutschland die Staatskirche abgeschafft ist, gilt die öffentlich-rechtliche Rechtsform für Religionsgemeinschaften als eine juristische Sonderkonstruktion. Die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften sind — im Unterschied zu anderen „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ — nicht in die Staatsverwaltung inkorporiert und unterstehen keiner Staatsaufsicht.

Freilich blieb bis in die jüngste Vergangenheit umstritten, welchen Zwecken diese Rechtsform überhaupt dient. Bewusst wurde diese Frage in den Verfassungsverhandlungen von 1919 offen gelassen. Man konnte damals sich nicht einigen. Dadurch bekam diese bewusste juristische Unge-

naugigkeit denn auch Bedeutung für das Verständnis der Verleihungsvoraussetzungen an weitere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, nachdem diese Verfassungsartikel 1949 in das Grundgesetz „inkorporiert“, also übernommen worden waren. Lange Zeit herrschte die Vorstellung vor, Religionsgesellschaften würden ja durch die öffentlich-rechtliche Rechtsform wegen ihrer Bedeutung für das öffentliche staatlich organisierte Leben privilegiert. Ergo müssten antragstellende Religionsgesellschaften auch einer solchen öffentlichen Heraushebung „würdig“ sein. Sie müssten in einer besonderen kulturellen Nähe zum Staat und seinen Werten stehen, also „staatsloyal“ sein. Wegen eines Mangels an Staatsloyalität verweigerte das Bundesverwaltungsgericht Mitte der 1990er Jahre den Zeugen Jehovas, die bekanntlich diesen Staat, den Eid und den Kriegsdienst ablehnen, die Verleihung des Körperschaftsstatus.

Das Bundesverfassungsgericht widersprach in seinen jüngsten Entscheidungen solchen Überlegungen. Der öffentlich-rechtliche Status diene im Gesamtgefüge des freien Religionsverfassungsrechts des Grundgesetzes nicht primär staatlichen Interessen, sondern sei ein Mittel zur Förderung der Religionsfreiheit. Mehr als Rechtstreue könne von einer antragstellenden Religionsgemeinschaft nicht verlangt werden.

Bei der Lektüre all dieser Texte kann man merken: Im deutschen Religions-Verfassungsrecht klingt mit dem „Status der öffentlich-rechtlichen Körperschaft“ die lange Tradition der Verfolgung religiöser Minderheiten und die staatliche Indienstnahme der Kirchen nach. Dennoch können wir auch feststellen, die einschlägige Rechtsprechung und entsprechendes politisches Handeln haben mit dieser Tradition im Laufe der Zeit seit 1949 weitgehend gebrochen, indem sie den öffentlich-rechtlichen Status prinzipiell allen Religionsgesellschaften öffneten. In der politischen Rechtspraxis der Landesregierungen, in deren Verantwortung die Zuerkennung des Körperschaftsstatus an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften liegt, wurde und wird die Grundentscheidung des deutschen Verfassungsgebers allerdings immer wieder unterspült, indem in der Verfassung nicht ausdrücklich aufgestellte Verleihungsvoraussetzungen konstruiert werden. Dies gilt zurzeit vor allem hinsichtlich der islamischen Gemeinden.

Bei der Durchsetzung des Verleihungsanspruchs spielen in Deutschland die oberen Ebenen der Rechtsprechung eine gewichtige Rolle. Das Bundesverfassungsgericht betont in den Entscheidungen der letzten Jahre die Bedeutung dieser Organisationsform für die Religionsfreiheit. Das Grundrecht der Religionsfreiheit wird damit zum entscheidenden „Interpretament“, d.h. Deutungs- und Verständigungsmittel für das Verständnis der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zur Verleihung der Rechtsform „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Im Lichte religionssoziologischer Aufklärung zählt die Vereinigung von Gläubigen in eigenständigen Organisationen zum Kernbereich religiöser Betätigung.

Es gibt nur willkürlich-politische aber keine objektiven religions-verfassungsrechtlichen Gründe, warum nicht in allernächster Zeit den Islamischen Gemeinden der Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechtes“ verliehen wird — so wie den christlichen Kirchen, den jüdischen Gemeinden und vielen anderen kleinen religiösen Gemeinschaften.

Das wäre ein wichtiger Schritt zur Befriedung schwelender religiöser und religions-politischer Konflikte.

Es wäre meines Erachtens angebracht, für solch einen programmatischen Antrag innerhalb der Partei Die Linke Bündnispartner zu suchen und zu finden. □

AG 2: Projekt Wegemarken.

Bericht Eva Detscher, Karlsruhe, Rolf Gehring, Brüssel

Bericht aus dem Arbeitskreis „Projekt Wegemarken / Kalenderblätter: – eine Initiative von europäischen Gewerkschaftern (Brüssel), unterstützt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation sowie der ArGe Konkrete Demokratie und soziale Befreiung.“

Auf der Vereinstagung im April 2016 war beschlossen worden, dieses Projekt ins Leben zu rufen. Mit der Maiausgabe 2016 der Politischen Berichte startete wie geplant die regelmäßige Doppelseite (S. 22/23) mit dem Datum: „Die schweizerische Bundesverfassung von 1848“. Seither konnte in jeder Ausgabe der Politischen Berichte ein anderes Kalenderblatt veröffentlicht werden. Außerdem wurde bei den ersten acht Ausgaben Sachstandsberichte veröffentlicht, die die Entwicklung des Projekts aktualisierten.

Ausgangslage

Der Ausgangspunkt für das Projekt ist der Gedanke, dass eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft, in der wir leben – Revolution, nur verstanden als Umwälzung alles Vorgefundenen und Bestehenden mittels Eroberung der politischen Macht –, nicht denkbar ist, vielleicht auch nie möglich war. Stattdessen gab und gibt es emanzipatorische Bewegungen, die eine Irritation der Gesellschaft darstellen und darstellen, und somit eine evolutionäre Entwicklung einleiten. Zu einem bestimmten Zeitpunkt setzen und setzten sich diese Erfolge durch, und zwar in einer Weise, dass sie zum Normal- und Rechtsgut der Gesellschaft werden und wurden. Diese Zeitpunkte wollen wir in den Kalenderblättern vorstellen.

Bezugspunkt sind die emanzipatorischen Bewegungen unserer Zeit. Die Grundlagen sind im letzten und vorletzten Jahrhundert gelegt. Wir unterscheiden uns mit dem Projekt von anderen, die sicher sind zu wissen, wie Emanzipation funktioniert, die Kausalitäten und logische Linien herunterbeten, in vielerlei Hinsicht. Dagegen setzen wir die tatsächlichen Erfahrungen, die zeigen, dass es überall unterschiedlich und konkret ist, wir untersuchen, was der Fall ist, und nicht, was sich aus einer Vorstellung von der Welt in ein Theoriegebäude einbauen lässt. Der spezifische Gedanke interessiert.

Projektraum ist Europa, nicht zuletzt in Hinblick auf die Initiatoren dieses Projekts. Im Vorfeld sowie auch immer wieder neu werden Einladungen verschickt, Antworten gibt es vor allem aus gewerkschaftlichen Kreisen. Den Adressatenkreis zu erweitern ist eines der Vorhaben in der nächsten Zeit. Dafür dienlich wird auch ein demnächst in Englisch vorliegendes Kalenderblatt sein.

Es gibt noch viele Themen, die in den Blick genommen werden können, und – logischerweise – in den ersten elf bisher erschienenen noch nicht alle repräsentiert waren. Zum Beispiel: Rechte am Arbeitsplatz, Menschenrechte, Recht auf Bildung und Ausbildung, Kommunale Rechte, Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, Bürgerrechte, Wahlrechte, Infrastrukturplanungen ...

Basis der Kalenderblätter sind die Zeitleisten, die auf www.linkekritik.de angelegt werden. Aus diesen Zeitleisten heraus werden die Jahreszahlen für das Kalenderblatt genommen. Die Zeitleisten sind bislang keine irgendwie genormten oder gar auf Vollständigkeit angelegten einheitliche Listen, sondern gerade ihre unterschiedliche Ausformung, ihr subjektiver Charakter, stellen die Qualität – und auch eine gewisse Herausforderung dar: nicht jeder sieht ein Ereignis als „Wegemarke“ an. Als Beispiel wurde ein Datum aus Italien genannt, die Enzyklika *Reverentiam* von 1895: die Interpretation des Autors, diese Enzyklika habe innerhalb der Kirche Freiräume für soziales Engagement geschaffen wird mit der Erfahrung

konfrontiert, dass die Enzyklika auch eine Kampfschrift gegen den Sozialismus war. Aber gerade dadurch wird der Blick auf die Geschehnisse verändert – und vielleicht doch erkannt, dass an einem gewissen Punkt Emanzipation stattgefunden und die Lage für das Individuum danach besser war als davor.

Diskussion

1. Wie gehen wir weiter mit den Zeitleisten um? Zum Teil kommen nicht nur Daten, sondern auch Auseinandersetzungen. Veröffentlichen wir die Namen der Autoren der Zeitleisten?

Wenn der Umfang zunimmt, kann es durchaus sein, dass wir die Zeitleisten in Absprache mit den Autoren anpassen müssen. Das Konzept ist ein didaktisches, kein wertendes, die Beschreibung stellt die verändernde Praxis in den Fokus. Die Namensnennung ist bislang noch nicht überdacht worden.

2. Wie lösen wir das Problem der Vielsprachigkeit? Im Moment können wir aus eigenen Ressourcen Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch einigermaßen ins Deutsche übersetzen. Allerdings wurde auf die Komplexität bei bestimmten Sachverhalten hingewiesen, die wir als Übersetzungslaien nur mühsam bewältigen könnten. Unkenntnis der sachlichen Verhältnisse und die damit verbundene große Arbeit, herauszubekommen, worum es sich eigentlich dreht, stellt eine große Anforderung dar (das hat sich z.B. bei der Übersetzung von Meldungen aus den USA für die Seiten 8 / 9 der Politischen Berichte gezeigt.) Weitere Sprachkenntnisse im Umfeld werden eruiert.

Wichtig wäre die Übertragung vorhandener Kalenderblätter ins Englische. Dafür wollen wir Gelder beim Verein / Arge beantragen in der Höhe von ca. 1000 Euro (das wäre für 2 Kalenderblätter).

3. Hintergrund- und Zusatzinformationen: z.B. hat Stef-

fen einen längeren Aufsatz zu der anarchistischen Bewegung in Spanien erarbeitet. Dieser wird in die Zeitleisten als „Hintergrundinformationen“ eingestellt.

4. Die Betreuung des Autorenkreises: Patenschaften, das hat sich jetzt mehrfach gezeigt, sind zeitlich aufwendig. Dennoch sollten alle bisher Beteiligten in einer gewissen Form informiert werden. Dazu muss noch Vorschlag erarbeitet werden. – Allerdings stellt sich heraus, dass es gut ist, in unseren Reihen eine Art Länderbetreuung zu verankern. Für Frankreich, Skandinavien und Finnland, für Österreich und für die Schweiz gibt es schon gewisse Strukturen. Weitere sollten geschaffen werden.

5. Osteuropa, Balkan, Polen: hier fehlt uns im Moment noch völlig der Zugang. Nicht nur zu Personen, sondern auch im Verständnis für die „ganz andere Geschichte“ und den sozialistischen Zeit-Block.

6. Stellen die Kalenderblätter so etwas wie eine europäische Sozialgeschichte dar? Gibt es so etwas vielleicht schon von anderen Historikern?

Dies ist nicht der Ansatz für die Kalenderblätter. Es soll nicht ein Gesamtwerk werden, sondern Anhaltspunkte liefern. Europa soll als positiver Wert erkennbar gemacht werden. Wir wollen kein Geschichtsbuch schreiben. Die europäische Arbeiterbewegung hat Beiträge dazu geliefert, wo wir jetzt stehen. Nicht den Anspruch eines Werkes, Aspekte zusammentragen. Thema Osteuropa wäre mehr als einen Gedanken wert, es gibt dort viele spannende Punkte.

8. Planung und Projektierung der Kalenderblätter: hier müssen wir längerfristig werden: Drei Kalenderblätter sollten im Voraus festgelegt werden, so dass die Autoren genügend Zeit für Recherche und Erstellung der Projekte haben.

□

AG 3: IT-Kommunikation – Linke Kritik und Informationstechnologie Bericht: Martin Fochler.

Der folgende Text wurde (im Konzept) dem MV Arbeitskreis – vorgelegt und hier nach Diskussion in der AG überarbeitet wiedergegeben. Es handelt sich um Vorüberlegungen zur Gestaltung eines Leitfadens für die Nutzung der Arbeitsplattform www.linkekritik.de.

Informationstechnologie wird Bestandteil des täglichen Lebens. Die immer noch weiter fortschreitende Differenzierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilungen und die damit zwangsläufige Verflechtung aller Momente der Lebensgestaltung hat weltweit ein gesteigertes Bedürfnis nach Informationen hervorgerufen, das den modernen, aufwändigen Informationstechnologien den Weg ins tägliche Leben gebahnt hat. Es entstanden beeindruckende Möglichkeiten des Sammelns und Erschließens von Daten und zudem finanziell wie organisatorisch niedrigschwellige, äußerst weitreichende Möglichkeiten des Publizierens. Für alle, die mitreden oder irgendwie dabei sein wollen, besteht ein immer noch wachsender Druck zu publizieren oder wenigstens Daten in die IT-Kommunikation zu werfen.

Vom Kampf gegen Intransparenz und Nachrichtenmonopole ... Die kritischen Bewegungen der sechziger Jahre sahen vor allem die Gefahr der Intransparenz der politischen Institutionen und der Manipulation durch Massenmedien. Sie unternahmen kollektive Anstrengungen, um Transparenz als gesetzliche Norm zu verankern und ausgeblendete, abgeschirmte oder sogar unterdrückte Informationen in die Öffentlichkeit zu tragen. Heute tritt neben dieses Aufgabenpaket ein weiteres:

... zur Arbeit mit einem Überschuss an Information. Die Einzelnen, die sich eine Meinung bilden bzw. eine Entscheidung treffen wollen, finden einen ungeheuren Überschuss an Informationen vor, der verarbeitet werden will. Diese Situation zeigt sich in allen Bereichen der Lebensgestaltung, aber mit jeweils spezifischen Folgen.

Uns interessiert die politische Willensbildung. Sie mündet typischerweise in Entscheidungen. Die Bürgerinnen und Bürger setzen politische Bedingungen, die ihnen nach einigen Umformungen als System rechtlicher und materieller Lebensbedingungen entgegnetreten, als Staatsmacht und Leistungsverwaltung, die Freiheiten sichert oder entzieht und Leistungen gewährt oder versagt. Es entsteht ein Bedarf

an Verfahren, die Vorteile, Risiken und Nebenwirkungen der politischen Willensbildung abzuschätzen helfen. Die Informationstechnologie bietet sie in wachsender Vielfalt an, Datenbanken, Suchmaschinen, interaktive Netzwerke ...

Spezifische Probleme niedrigschwelliger Publizierens. Weitgehende Transparenz und niedrigschwellige Publikationsmöglichkeiten führen spezifische Probleme mit sich. In den Prozessen der öffentlichen Meinungsbildung wirken Neuigkeiten durchschlagend. Das Gerücht hat Flügel. Die Transformation einer Neuigkeit in eine belastbare Information braucht Zeit und Kulturtechniken, die mit dem Ausbreitungsmedium umgehen können. Wenn eine solche Kultur der Verifizierung nicht entwickelt wird, ist die Gefahr groß, dass die öffentliche Meinung autoritäre Politik legitimiert, weil haltlose Versprechungen oder rücksichtslose Verfahren nicht rechtzeitig oder nicht mit all ihren Auswirkungen erkannt werden. Das begünstigt Konstellationen, in denen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit getragene Strömungen eine Mehrheit um sich scharen können.

Neben der Faszination, die der Zugriff auf neue Informationen durch neue Medien erzeugt, wächst deswegen ein Be- ▶

Die Arbeitsplattform www.linkekritik.de

Die Basis der Arbeitsplattform sind dokumentierte Publikationen, die im PDF-Format zu einem bestimmten Zeitpunkt eine feste Form angenommen haben und aus dem Kooperationszusammenhang des Vereins in die Sammlung gegeben werden. Bei der Aufnahme eines Dokuments in die Sammlung wird eine erste Inhaltsangabe angefertigt, die Angaben zur Urheberschaft, zum Entstehungszeitpunkt und Hinweise zum Thema enthalten muss und im weiteren durch Kurzbeschreibungen einzelner Beiträge ausgebaut wird.

Unser Ziel ist dabei 1: Anschaulichkeit der aktuellen Diskussion. 2: Blick auf die Genealogie politischer Ideen. Obwohl unser unmittelbarer Kooperationszusammenhang nur einen kleinen Ausschnitt der linken Publizistik abbildet, ist doch eine ganze Menge Stoff vorhanden, der gegliedert dargeboten werden muss. 3: Unterstützung der

systematischen Arbeit am Thema.

Zur Erschließung des Stoffes haben wir eine Gliederung **fünf Portale** gewählt, unter denen jeweils **Abteilungen** eingerichtet sind, die in spezifische **Bereiche** untergliedert werden.

Diese Grundeinstellungen, die im **Seiten-Kopf** und in der **linken Spalte** vorgenommen werden, führen zu Darstellungen von **PDF-Dokumenten** bzw. deren **Beschreibungen**, die im **zentralen Fenster** darstellt werden.

Da die Grundeinstellungen oft ganze Dokumentengruppen bezeichnen, werden ggfls. weitere Möglichkeiten der **Spezifizierung** angeboten. Bei einer Reihe der Einstellungen wird ein **Druckersymbol** gezeigt, das den Inhalt des zentralen Fensters auf einer eigenen Browserseite darstellt.

Die Startseite www.linkekritik.de erscheint in folgender Konfiguration (orange unterlegt):

Portal: Zeitschriften AKTUELL,
Abteilung: Politische Berichte AKTUELL,
Bereich: PB/Blättern Download:
Weitere Spezifizierungen: Keine.
 Gezeigt wird das PDF der jeweils neueste Ausgabe der Politischen Berichte. In dem PDF kann geblättert werden. Die einzelnen Texte sind seit der Ausgabe Nr. 1 / 2017 verlinkt, d.h. der Mausclick aus PDF führt zu einer Nur-Text-Darstellung.

Portal: Gesammelte Jahrgänge
Abteilung: Politische Berichte
Bereich: 2015-2019:

Weitere Spezifizierungen: siehe unten:
 Im zentralen Fenster wird das Inhaltsverzeichnis der aktuellen Ausgabe der PB dargestellt, Klick führt auf TXT-Darstellung der jeweiligen Beiträge. **Spezifizierung:** (Möglichkeiten) **Blättern** durch die im Bereich eingegrenzten Dokumente, per Mausclick **durch Auswahl von Treffern** im Zentralen Fenster.

Ein Wechsel der **Abteilung** per Klick.

Eine **weitere Spezifizierung** ist in der rechten Spalte möglich: Klick auf eine der verlinkten Zeile führt zur Darstellung einzelner Beiträge im Zentralfenster. Im Beispiel zur Beschreibung des Beitrags „Frankreich-Wahlen ...“

In Konstruktionsstadium:

Portal: Redaktions-Werkstatt,
Abteilung P-Beiträge Aut. U. Sachgeb.
Bereich: Verbände, Vereine, Bekenntnisgem. Es erscheinen in der **rechten Spalte** Stichwortlisten, die per Mausclick ausgewählt werden können.
 Im **Zentralen Fenster** werdem dann alle Objekt-Beschreibungen gezeigt, für die dieses Stichwort vergeben wurde. Eine Auswahl der im zentralen Fenster gezeigten Treffer ist möglich.
 Die Einrichtung der weiteren Abteilungen ist im technischen und redaktionellen Aufbau..

Im Portal **SUCHEN** (Wort/e) grenzen die Abteilungen die Suche nach Textsorten ein. Die Bereiche grenzen die Suche nach Zeitschrift und Jahrgang ein. Die Darstellung und Anordnung der Suchergebnisse ist noch in Arbeit.

Das Portal „Projekt Wegemarken“ (direkt: www.linkekritik.de/index.php?id=wegemarken) führt zu der bekannten, seit etwa einem Jahr laufenden Darstellung dieses Kooperationsprojektes, siehe dazu auch Materialien Nr. 10. April 2016, www.linkekritik.de/uploads/media/20160415_LinkeKritik_MV_EuM10.pdf

Diese – noch unfertige – Entwicklung folgte den Vorgaben der Diskussion im AK IT-Kommunikation. Es zeichnet sich ab, dass der geplante **Leitfaden zur Nutzung von www.linkekritik.de auf einem 4-Seiten Falblatt DIN A4 Platz finden kann**, das der Septemerausgabe der PB beigelegt wird.

► dürfen nach Verfahren, um mit dem Überschuss, der Unge-
wissenheit und der Fehleranfälligkeit fertig zu werden. Die
Gefahr einer Rückkehr der Zensur, d.h. der Filterung der
Meinungsausprägungen bzw. Datenströme mit den Mitteln
politischer Macht, ist real.

Eine breite Öffentlichkeit sieht klar, dass selbstbestimmte,
emanzipierte Lebensgestaltung Transparenz der Vorgänge
in den Institutionen, in denen sich politische und wirt-
schaftliche Macht konzentrieren, zur Voraussetzung hat,
und auch, dass niedrighschwellige Publikationsmöglichkei-
ten frühzeitig auf Probleme verweisen, die vielleicht nur we-
nige betreffen oder, in der Zukunft liegend, nur von wenigen
gesehen werden.

Verantwortlich Publizieren: In dieser Problemlage, hier
die Gefahr der gezielten Irreführung, dort die der lähmen-
den Zensur, zeigen sich ermutigende Trends zum verant-
wortlichen Publizieren. Ein markantes Beispiel sind die
neuen enzyklopädischen, die das Wikipedia-Verfahren er-
möglichst hat. Ein anderes, unauffälliges zeigt sich in den
(wenn auch einstweilen noch zaghaften) Ansätzen politi-
scher Meinungsbildner, die Entwicklung ihrer eigenen
Meinung und den Fortgang ihrer Entscheidungen transpar-
ent zu machen: Der augenzwinkernde Konsens zwischen
Publikum hier und Amts- und Mandatsträgern da, der in
der Redewendung „Was interessiert mich mein Geschwätz
von gestern“ zum Ausdruck kommt, wird den Anforderun-
gen nicht mehr gerecht. Die Dokumentation der Entwick-
lung politischer Institutionen und Praktiken ist bei der Ab-
schätzung der Risiken eingreifender Entscheidungen hilf-
reich.

Der Trend zum verantwortlichen Publizieren tritt neben
die tradierten Verfahren der Prüfung, neben den profession-
ellen Journalismus, die Verfahren wissenschaftlichen Publi-
zieren, die Kombination von öffentlich-rechtlichem und
privat gestalteten Medien. Das Berufsgeschick und -ethos
der Verlage und Lektorate, der wissenschaftlichen Einrich-
tungen usw., dieses weite Feld kultureller Techniken wird
seine Bedeutung behalten.

Aber: Die dort geltenden Maßstäbe unabhängiger Berichter-
stattung können aber nicht 1 : 1 auf die Beiträge zivilge-
sellschaftlicher Vereinigungen oder sogar der Einzelnen an-
gewendet werden. Denn diese reden und publizieren in eige-
ner Sache, mit dem Ziel, ihr Anliegen in ein öffentliches

Anliegen zu transformieren, Ausgewogenheit stellt sich
nicht in ihrer Publikation, sondern erst in dem öffentlichen
Diskurs, der ausgelöst, oder, wenn man so will, provoziert
wird.

Unverantwortliches Publizieren hat das ganze Feld der zi-
vilgesellschaftlich oder von Einzelnen getragenen Publika-
tionen in Verruf gebracht.

**Kulturtechniken der Nachrichtenerfassung, der
Nachrichtenverbreitung und der Nachrichtenverarbei-
tung entwickeln und einüben.** Diese sollten ohne großen
Lern-Aufwand anwendbar sein, dürfen die Quellen des In-
formationsflusses nicht verstopfen und müssen andererseits
dem Publikum die Chance der Überprüfung bieten und
Verantwortlichkeit im Dialog gewährleisten. Solchen An-
forderungen kann man sich mit Hilfe der IT-Publikation
näher:

- Zivilgesellschaftliche Initiativen, politische Vereine, Studi-
engemeinschaften usw. können die Ergebnisse ihrer Arbeit
mit vertretbarem Aufwand archivieren und dokumentieren.
- der Hinweis auf Quellen und Querverbindungen kann
verhältnismäßig leicht erbracht werden.
- Das Publikum kann die auf diese Weise greifbaren Aussa-
gen, die von spezifischen Eigeninteressen getragen werden,
mit seinen eigenen Möglichkeiten der Recherche abgleichen.
- Die Bürde des Prüfens und Bewertens kann dem Publi-
kum, d.h. konkret den Einzelnen mit ihren knappen Res-
ourcen durch Maßnahmen auf Seiten der Urheber erleich-
tert werden.

Für unseren Arbeitszusammenhang folgt daraus:

- Bei der Herstellung von Publikationen bieten wir Interes-
sierten die Möglichkeit von Qualitätskontrolle und Verbes-
serung durch Kooperation.
- Wir fördern die kontinuierliche Beschäftigung mit The-
menkomplexen.
- Wir versuchen den Umkreis der beim Redaktionsprozess
häufig berücksichtigten Print- und Internetpublikationen
darzustellen.
- Hervorragendes Mittel politischer Willensbildung ist und
bleibt die periodische Publikation, da sich hier Theorien und
Deutungsmuster am Ereignis bewähren müssen.
- Bei der Arbeit an Themen suchen wir Kontakt und Koope-
ration mit anderen Einrichtungen der politischen Bildung
bzw. Willensbildung. □

Frankreich: Zum Front National (FN) und seiner aktuellen Lage

Von Bernard Schmid, Paris

**Einige grundsätzliche Ausführungen zur Herkunft, Geschichte und Einordnung des Front National, sowie zu seiner Lage im
Umfeld der französischen Präsidentschaftswahl**

Stand dieses Artikels: Ende April 2017, vor der Stichwahl um die französische Präsidentschaft vom 7. Mai dieses Jahres

Die Variationsfähigkeit einer rechtsextremen Partei – am Fallbeispiel des FN

Denn in aufeinander folgenden Phasen hat die Partei beide
Diskurse erfolgreich angewandt: Der FN der 1980er Jahre
war eher national-konservativ ausgerichtet und zog den
rechten Rand der konservativen Wählerschaft an. Hinge-
gen gelang ihm es in den 90er Jahre, unter Arbeitern und
Erwerblosen Anziehungskraft zu entwickeln und seine
Wahlergebnisse in diesen Schichten deutlich zu steigern.
Heute kann Marine Le Pen auf wahlpolitischer Ebene auf
beide Erfolgsgrundlagen gleichzeitig bauen. Allerdings
bleibt der Zusammenhalt beider Wählergruppen bis heute
prekär.

Die gesellschaftliche Basis der FN-Wahlerfolge wechselte
im Laufe der Jahre. Während der ersten Hälfte der 1980er
Jahre beruhte der Durchbruch des Front National als
Wahlpartei (erstmalig bei den Kommunalwahlen 1983
und den Europaparlamentswahlen 1984) vor allem auf
traditionell konservativ orientierten Schichten, die den
bürgerlichen Parteien den Rücken kehrten. Ursache dafür
war der Niedergang eines bedeutenden Teils der traditi-
onellen Mittelschichten (Kleinunternehmer, Handwerker,
Freiberufler, selbständige Landwirte), die in Frankreich
länger erhalten geblieben waren als etwa in Westdeutsch-
land; u.a., weil die Großbourgeoisie seit dem 19. Jahrhun-
dert lange Zeit auf sie Rücksicht genommen hatte, um sie

als soziales Bollwerk gegen die Arbeiterbewegung und die „Revolutionsgefahr“ zu erhalten.

Doch mit der zunehmenden europäischen Integration der Ökonomien kamen diese Schichten ab den späten 1970er Jahren immer stärker unter die Räder. Die bürgerlichen Parteien verloren an Integrationskraft. In einem verzweifelten Aufbäumen demonstrierten viele, politisch reaktionäre, Angehörige dieser traditionellen Mittelschichten in den frühen 1980er Jahren.¹

Das ideologisch sinnstiftende Band gab dabei die Mobilisierung für den Erhalt der katholischen Privatschulen in den Jahren 1983/84 ab. In jener Zeit konnte der Front National diese konservativ-rückwärtsgewandte Mobilisierung ausnutzen, und rechts von den Konservativen politisch Fuß fassen. Damals bezog er sich vor allem positiv auf die katholische Kirche, auf US-Präsident Ronald Reagan (Le Pen ließ sich für den Präsidentschaftswahlkampf 1988 zusammen mit Reagan fotografieren, da er auf einen Parteitag der US-Republikaner eingeladen worden war) und seinen „Kreuzzug gegen den Kommunismus“, und malte als Gefahr vor allem „den Islam“ bzw. „die muslimische Invasion aus der Dritten Welt“ an die Wand.

In der Folgezeit wechselte der FN jedoch seinen Diskurs. Einen Einschnitt bildete dabei das Jahr 1989: Aufgrund des Berliner Mauerfalls glaubten die Vordenker der extremen Rechten, den „Tod des Marxismus“ diagnostizieren zu können. Infolge dessen glaubten sie, ihre eigene „Bewegung“ können nunmehr den Platz der einzigen entschiedenen Opposition in oder zum System einnehmen und besetzen.

Mit Beginn der Golfkrise im Zusammenhang mit dem irakischen Einmarsch in Kuwait, im August 1990, überraschte der damalige FN-Chef Jean-Marie Le Pen selbst alte Kämpfer seiner Partei, von denen einige (besonders ehemalige Algerienkrieger wie der frühere Angehörige der pro-kolonialen Terrororganisation OAS, Pierre Sergent, der damals im Politischen Büro als oberster Führungsinstantz des FN saß) hinter den Kulissen protestierten, indem er nicht für die US-geführte Kriegsallianz Partei ergriff, sondern für Saddam Hussein. Doch dieser Positionswechsel war Teil einer Strategie, die darauf abzielte, sich den nach dem Mauerfall erwachenden ethnischen Nationalismen und Identitätsbewegungen, besonders auch im östlichen Europa, als Alliierte anzubieten. In dieser Hinsicht war Jean-Le Pen übrigens stets ökumenisch veranlagt: Er verstand es beispielsweise, zu Parteitagen sowohl kroatische Ultranationalisten (von der HSP des Doboslav Paraga) als auch serbische, von der „Serbischen Radikalen Partei“ SRS des Vojslav Seselj, gleichzeitig einzuladen. Auf theoretische Kohärenz ist man in solchen Kreisen ja weniger bedacht; wichtig ist nur, dass die jeweiligen Gegenüber autoritär auftreten und die „Identitätssuche“ als politisches Hauptanliegen betreiben.

Auch das soziale Publikum des FN änderte sich, als die Partei in den frühen 1990er Jahren die Sozialdemagogie in ihrer Programmatik stärker entwickelte. Die Hauptgründe dafür waren zweierlei: erstens die Tatsache, dass der Platz neben der konservativen Rechten eng zu werden drohte. Diese hatten in Sachen Einwanderungspolitik und autoritären Konzepten zur „Inneren Sicherheit“ viele Verstärkerstücke aus dem Diskurs des FN kaum verhüllt übernommen, forderte ihn aber andererseits ultimativ auf, sich entweder domestizieren zu lassen oder als „bündnis-unfähig“ in die Ecke zu stehen. Andererseits aber setzten die Vordenker und Strategen der extremen Rechten, damals vor allem in der Umgebung des Parteideologen Bruno Mégret, darauf, dass durch den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ (der in Teilen der französischen

Arbeiterbewegung noch bis 1989 eine positive Referenz geblieben war) und durch die Bekehrung der französischen Sozialdemokratie zu Marktwirtschaft und „wirtschaftspolitischem Realismus“ ein Platz frei geräumt werde. Nämlich jener der „Fundamentalopposition“, während beide großen Linksparteien nicht mehr Träger der sozialen Veränderungswünsche erscheinen könnten. Der Parteikongress in Nizza im März 1990 widmete sich deswegen thematisch erstmals nicht mehr vorrangig der Immigrations- und Sicherheitspolitik, sondern den Themenfeldern „Soziales“ und „Ökologie“.

Marine Le Pen – obwohl bürgerliche Medien sie gerne als Urheberin einer angeblich neuen „sozialen Orientierung“ des FN präsentieren – hat in dieser Hinsicht sehr wenig erfunden. Vielmehr hat sie eine Orientierung, die der FN bereits in den frühen 1990er Jahren einschlug, aufgefrischt.

Wichtige Merkmale, die es erlauben würden, mit einiger Berechtigung von (Neo- oder modernisiertem) Faschismus zu sprechen, fehlen dem FN derzeit. Dennoch sind diese im Kern, sozusagen in der Keimzelle angelegt.

Zwar versuchte die Organisation in den 1990er Jahren, sich verstärkt im gesellschaftlichen Leben als eine Art „sozialer Bewegung“ zu verankern und nicht nur an Wahltagen auf dem Stimmzettel präsent zu sein, etwa mit der Gründung eigener „Gewerkschaften“. Solche Ableger des FN entstanden erstmals 1995, doch ein Grundsatzurteil des Obersten Gerichtshofs (Kassationshofs) im April 1998 verbot ihnen, sich selbst als Gewerkschaften zu bezeichnen. Die Partei bemühte sich um außerinstitutionelle Aktivitäten, mit deren Hilfe die soziale Unzufriedenheit kanalisiert und mobilisiert werden könnte. Insofern konnte man sie als wirkliche Keimzelle einer faschistischen Bewegung bezeichnen, auch wenn gerade der „Bewegungscharakter“ (angesichts der vergleichsweise geringen Mitgliederzahlen in den rechtsextremen Pseudo-Gewerkschaften oder Arbeitslosenfronten, verglichen mit „echten“ sozialen Organisationen) noch keineswegs ausgereift war. An eine Kontrolle der Straße, oder der Betriebe, durch eine rechte und autoritäre Massenbewegung, die es erlauben würde, von „marschierendem Faschismus“ zu sprechen, war damals wie heute jedoch nicht zu denken. Aber die Zustimmung auf der Ebene von Wahlen, gekoppelt an diese ersten Ansätze einer Bewegung außerhalb bürgerlicher Institutionen, hatte erstmals in den 1990er Jahren ein bedenkliches Niveau erreicht. Bislang dominiert allerdings die Ausrichtung auf Wahlen und auf Stimmerfolge die Strategie des FN, auch im Hinblick auf die 2017 anstehenden Wahlen in Frankreich.

Aktuelle Situation

a. Im Vorfeld des Präsidentschaftswahlkampfes von 2016/17

Anfang Februar 2016 lud die Parteiführung des FN rund einhundert Spitzenvertreterinnen und -vertreter des eigenen Ladens zu einem „Strategieseminar“ im südlichen Pariser Umland. Den Auslöser dafür, dass Louis Aliot – Vizevorsitzender der Partei, und Lebensgefährte ihrer Chefin Marine Le Pen – Anfang Januar d.J. die Initiative dazu ergriff, im Vorstand die Einberufung einer solchen Tagung zu fordern, lieferten die Wahlergebnisse der extremen Rechten im Dezember 2015. Bei den Regionalparlamentswahlen konnte der Front National damals zwar mit 28 Prozent der abgegebenen Stimmen ein Rekordergebnis erzielen. Doch konnte er zugleich keine einzige Regionalregierung übernehmen, unter anderem weil alle anderen po-

¹ Zu näheren Einzelheiten dazu vgl. Alain Bihr: Pour en finir avec le Front national, Paris 1992.

litischen Kräfte sich gegen ihn verbündeten. Auf sich allein gestellt, hätte er in den Stichwahlen über fünfzig Prozent der Stimmen holen müssen. Trotz einiger gegenläufiger Prognosen im Vorfeld konnte er diese Hürde nicht nehmen.

Eine Fraktion innerhalb der Partei – und ihrer Führung – folgerte daraus nun, dass die bisherige Strategie falsch gewesen sei. Diese grenzt sich von der bürgerlichen Rechten ebenso scharf ab wie von der Sozialdemokratie und den Linken. Von beiden, so lautet die Argumentation der extremen Rechten, unterscheidet man sich durch die Forderungen nach radikalen Brüchen: mit der bisherigen Immigrationspolitik, aber auch mit der Europäischen Union und dem Euro sowie mit der bisherigen Form der Einbindung in die wirtschaftliche „Globalisierung“.

Das Ganze wird begleitet von einem Sozial- und Wirtschaftsdiskurs, der stark auf soziale Demagogie aufgebaut sowie von einer tendenziell etatistischen Vision gekennzeichnet ist. Kapitalistische Eigentumsverhältnisse werden zwar mitnichten infrage gestellt, doch steht eine Vision von einem „starken Staat“ respektive „strategischen Staat“ als Wirtschaftsplaner und Beschützer des nationalen, inländischen Kapitals im Mittelpunkt. Dies charakterisiert die Programmatik und den Diskurs des FN seit den 1990er Jahren, während er in den 1980er Jahren noch radikal neoliberal und aggressiv marktwirtschaftlich ausgerichtet war.

Nun geriet diese Strategie, erstmals seit 25 Jahren, erheblich unter innerparteilichen (wie auch äußeren) Druck. Und zwar deswegen, weil eine wachsende Fraktion bemängelt, eine Fortsetzung dieser Linie verkenne, dass sowohl Überschneidungen bei einer zwischen zwei Parteien zögernden Wählerschaft als auch Bündnismöglichkeiten sich heute viel eher auf der konservativen Rechten als im Bereich der Linken befänden. Dort seien, so wurde argumentiert, die Möglichkeiten zum Ausschöpfen von bislang unerschlossenen Wählerpotenzialen „bereits erschöpft“, da diesbezüglich alle Register gezogen worden seien. Doch im so genannten Mittelstand verstehe man, wird kritisiert, die „oft sozialistisch klingenden“ wirtschafts- und sozialpolitischen Töne der Partei nicht. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, monieren etwa mehrere südfranzösische Bürgermeister der extremen Rechten – am lautesten wohl Robert Ménard, Rathauschef in Béziers -, aber auch die südostfranzösische Parlamentsabgeordnete Marion Maréchal-Le Pen (eine Nichte von Marine Le Pen), dass man auf einer „linken Fahrbahn“ herum irrlichtere.

Das Seminar endete ohne klares Ergebnis. Die Forderung nach Euro-Austritt, die ebenfalls für heftige Polemiken sorgt, weil sie ebenso als Schreckgespenst für „mittelständische“ und wohlhabende Wähler wie als ernsthaftes Hindernis bei Gesprächen mit Konservativen gilt, wurde nicht aufgegeben. Darauf insistiert jedenfalls der Vizevorsitzende Philippot, der als Hauptverfechter dieser Thematik gilt. Allerdings werden leisere Töne zum Thema als bisher angeschlagen.

Das britische Modell (das da beinhaltet: Kampf um „nationale Interessen“ innerhalb der EU, wie Cameron ihn vor dem 23. Juni 2016 führte, plus Forderung nach einem Referendum) wurde – und wird bis heute – nunmehr von Teilen des FN herausgestrichen, um auch zu konservativen Kräften eine Brücke zu bauen. Hinter der Vorstellung, man müsse das französische Volk über die Frage einer weiteren Euro- und EU-Zugehörigkeit abstimmen lassen, packen Teile der Partei dann ihren Wunsch danach, sich für einen Austritt stark zu machen.

Ansonsten bleiben die Vorstellungen von einem „strategischen Staat“ bestehen. Aber sie werden nunmehr stärker ergänzt durch eine Betonung von wirtschaftspolitischen Forderungen, die stärker auf die in Frankreich so bezeichnete *micro-économie* (betriebswirtschaftliche Ebene, im Gegensatz zur *macro-économie* oder Volkswirtschaftsebene) zugeschnitten sind. Also auf die Belange einzelner Unternehmen. Dazu zählen Forderungen nach Steuersenkungen, vor allem für mittelständische Betriebe, „Entbürokratisierung“ oder weniger Sozialabgaben. Am 19. Februar 2016 wurde ein neues Kollektiv am Rande der Partei unter dem Namen *Croissance bleu Marine* („Marineblaues Wachstum“) gegründet, das für mittelständische Unternehmer bestimmt sein soll.

b. Während der Präsidentschaftskampagne zu Anfang 2017

So oder ähnlich klingt enttäuschte Liebe in der Politik. „Erstaunen“ und „Enttäuschung“ empfinde sie darüber, erklärte Marine Le Pen am 7. April 2017,² dass US-Präsident Donald Trump nun doch in Syrien gegen das Regime interveniere, nachdem der mutmaßliche Giftgaseinsatz in Chan Schaichun dessen vorige Strategie über den Haufen geworfen hatte. Ginge es nach der Chefin des französischen Front National (FN), die die Verantwortung des syrischen Folterregimes an diesem jüngsten Verbrechen in Zweifel zieht, dann würden Frankreich, die USA und andere Staaten das amtierende Folterregime in Damaskus als „stabilisierendes Element“ und „Schutzwall gegen die dschihadistische Bedrohung“ unterstützen. Auch Trump stand zuvor auf einer ähnlichen Position, bis er sich am 6. April 2017 dazu entschied, durch (wahrscheinlich doch nur spektakuläre Gestikulationen bildende und das Assad-Regime nicht gefährdende) Raketeneinsätze anders in das Geschehen einzugreifen.

Wie auch bei manchen deutschen Rechtsaktivisten, die sich darob über Trump enttäuscht zeigten, weil sie ihn zuvor just als außenpolitischen Isolationisten schätzten,³ vollzieht der französische FN nun offenkundig eine Abkehr von vormaligen Trump-freundlichen Positionen. Das trifft sich gut: Zwar ist die Außenpolitik für den FN ein zentrales Feld, um sich im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahlen vom 23. April und 7. Mai dieses Jahres auf nationaler und internationaler Ebene als „zu staatsmännischer Verantwortung fähig“ aufzuspielen. Doch Trump wollte Marine Le Pen den Gefallen nicht wirklich tun, ihr einen Empfang als „Staatsfrau“ zu bereiten, wie diese es sich gewünscht hätte. Als Marine Le Pen sich am 12. Januar 17 in New York aufhielt, besuchte sie auch den „Trump Tower“ – wo sie Eintritt fand, weil der rechtsextreme Italo-Amerikaner Guido Lombardi, vormaliger Repräsentant der italienischen Lega Nord in den USA, dort eine Wohnung hat. Doch kein Mitglied des „Trump-Teams“, das sich damals noch geschlossen in New York aufhielt, weil der künftige US-Präsident erst acht Tage später vereidigt wurde, mochte sich zu einem Treffen mit Marine Le Pen herbeilassen. (Zwar bezog sich Trumps Berater Stephen Bannon seinerseits positiv auf den französischen FN, doch dessen Stern scheint eher im Sinken, so wurde er jüngst aus dem Nationalen Sicherheitsrat verbannt.)

Doch unterdessen machen die Diplomaten mancher Staaten Anstalten dazu, sich zumindest – auch in offizieller Form – anzuhören, was der Front National im Falle ei-

2 <https://www.youtube.com/watch?v=SZvmVwrUup4>

3 Der zum Nazijournalisten mutierte Jürgen Elsässer, vormaliger Trump-Fan, kommentiert etwa im Internet knapp: „Fuck Trump! Der Typ ist irre geworden!“

nes Regierungsantritts denn so zu bieten hätte.

Der kubanische Botschafter in Paris war dort (die Position seines Regimes gegenüber dem französischen FN erklärt sich mutmaßlich daraus, dass es von den außenpolitischen Positionen eines Wladimir Putin kontaminiert ist). Die Botschafter Saudi-Arabiens, Kambodschas, Vietnams und Taiwans auch, jener von Albanien soll ebenfalls anwesend gewesen sein. Aus den USA und China waren Diplomaten unterhalb des Botschafterrangs gekommen. Insgesamt sollen „Vertreter von 42 Ländern“ dabei gewesen sein, unter ihnen Singapur und El Salvador, als die Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen am 23. Februar d.J. bei einer Konferenz ihre „Vision der internationalen Beziehungen“ vorstellte.

Inhaltlich sprach Marine Le Pen insbesondere einer Aufwertung der Beziehungen zu solchen Staaten, die Migrationsbewegungen in Richtung Europa verhindern können oder sollen, das Wort. Ägypten unter Marschall-Präsident 'Abdelfattah Al-Sissi bezeichnete die Chefin des französischen Front National (FN) in dieser Hinsicht wörtlich als „Wachturm, welcher uns gegen die Migranten verteidigen wird“. Die französischen Rüstungsausgaben sollen sofort auf zwei, bis zum Ende der regulären Amtszeit des nächsten französischen Staatsoberhauptes (die von Mai 2017 bis 2022 läuft) gar auf stattliche drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden; dieses Ziel soll zudem in Verfassungsrang erhoben und im französischen Verfassungstext festgeschrieben werden.

So will es der FN, dessen Kandidatin am 21. und 22. März 17 in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena die französische „Barkhane“-Streitmacht für die Sahelzone besuchte. Dabei erhielt sie auch eine Audienz beim Präsidenten des Tschad, Idriss Déby, dem seit dem 1. Dezember 1990 amtierenden Machthaber – einem Schlächter, dessen Regentschaft vom französischen Neokolonialismus in der Region unterstützt wird.

Es handelt sich bei ihm, nach dem libanesischen Staatsoberhaupt Michel Aoun (mit ihm traf Marine Le Pen am Nachmittag des 20. Februar dieses Jahres zusammen; er teilte mir ihr Positionen, die das syrische Folterregime unterstützen) um den zweiten amtierenden Staatschef, den Marine Le Pen treffen konnte. Dabei ging es natürlich jeweils stets darum, ihre Rolle als „Staatfrau“ auf internationaler Ebene zu unterstreichen und aufzuwerten. Der dritte Präsident im Bunde folgte dann am 24. März 17: Andert-halb Stunden lang wurde Marine Le Pen durch einen bereits bislang als mit ihr verbündet geltenden Politiker empfangen, Russlands Oberdemokraten Wladimir Putin. Die Audienz im Kreml war im Vorfeld russischen regimena-hen Medien bekannt gewesen, doch der internationalen Presse nicht angekündigt worden.

Was die Europäische Union betrifft, so proklamierte Marine Le Pen, es gelte „ihr ein Ende zu setzen“. Auf diese Weise hat sie ihren Diskurs erneut sichtlich radikalisiert, seitdem der FN bei einem Strategieseminar im Februar 2016 – siehe oben – das zuvor explizit formulierte Ziel eines Austritts aus der Euro-Währung zu relativieren schien.

Darin liegt auch eines der Motive, warum Teile des französischen Kapitals seinerseits nach wie vor Bedenken dagegen geltend machen, dass der FN in die Nähe einer so genannten Regierungsverantwortung rücken könnte. Der aktuelle Chef des stärksten Arbeitgeberverbands MEDEF, Pierre Gattaz, setzte allerdings einer Praxis seiner Vorgängerin in den Jahren 2005 bis 2013, Laurence Parisot, ein Ende: Unter ihr kam es nicht in Frage, dass die Unternehmerverbände mit dem FN reden. Gattaz hingegen entschied, neben anderen Präsidentschaftsanwärtern auch Marine Le Pen offiziell beim MEDEF anzuhören.

Dieser Termin fand nun am 28. März 17 tatsächlich statt, neben der Anhörung der bürgerlichen Kandidaten

Emmanuel Macron und François Fillon durch den MEDEF. Zwar fand jene von Marine Le Pen in eher angespannter Atmosphäre statt, weil viele der anwesenden Kapitalvertreter ihr entweder mangelnde wirtschaftspolitische Kompetenz attestierten – da Marine Le Pen ihre politisch-ideologischen Ausführungen zu Protektionismus u.a. kaum mit konkreten Zahlen untermauern mochte – oder ihre Pläne zum Euro-Austritt als unverantwortlich betrachteten. Dennoch ist in ihren Augen wichtig, dass das Ereignis überhaupt stattgefunden hat.

In einem Beitrag beim Webportal *Orange Finance* vom 20. März 17 kamen unterdessen mehrere unterschiedliche Stimmen aus dem Arbeitgeberlager zu Wort, was die Aussichten auf eine hypothetische Regierung mit FN-Beteiligung betrifft. Mehrere der Befragten machen sich Gedanken über die negativen Auswirkungen einer „wirtschaftlichen Blockade“ im Falle einer solchen Konstellation. Hingegen erklärt etwa die Kleinunternehmerin Alexandra Frantz: „Ich wüsste nicht, was schlimmer kommen sollte als heute, in Sachen Staatsbürokratie und Abgaben.“ Generell zeigen sich die exportorientierten multinationalen Firmen kritischer gegenüber Marine Le Pen und ihrem Programm als so genannte mittelständische Unternehmen.

Wie die linksliberale Zeitung *Le Monde* in ihrer Wirtschaftsbeilage vom 21. März 17 schreibt, führten unterdessen vor allem anglo-amerikanische Banken und Investmentfonds in den vergangenen Monaten bereits Gespräche mit dem FN, um dessen Absichten zu sondieren. Die Fondsgesellschaft BlackRock und die britische Agentur CheckRisk bestätigten etwa widersprechende Meldungen, während Barclays oder die schweizerische Bank UBS Informationen der Wirtschafts-Nachrichtenagentur Bloomberg dazu nicht kommentieren mochten.

Ein Hauch von Nazismus liegt unterdessen noch immer in der Luft, wenn manche Protagonisten des FN sich zu Wort melden, auch wenn die Parteiführung tunlichst bemüht ist, einen an die bürgerliche Demokratie angepassten Eindruck zu erwecken. Denn immer wieder werden Risse in dem Bild sichtbar, das die Parteiführung dabei zu malen versucht – und das in der gesamten Medienlandschaft unter dem (durch Marine Le Pen selbst mit geprägten) Begriff der „Entdiabolisierung“ diskutiert wird, welcher mal mit kritischer oder ironischer Distanz und mal eher apologetisch benutzt wird. So flog am 15. März 17 der Holocaustleugner Benoît Loeuillet, Regionalparlamentarier des FN und Buchhändler in Nizza, infolge einer Fernsehsendung auf – er wurde prompt von den Mitgliedsrechten suspendiert.

Vor allem aber ist er der informelle innere Führungskreis, der aus der rechtsextremen Studierendenvereinigung GUD (Groupe Union Défense) kommt und über ein Netzwerk von Unternehmen de facto die Parteifinzen kontrolliert, in dem sich offene Nazisympathien wiederfinden. Zu ihm zählen Frederic Chatillon und Axel Loustau. Parteigrößen wie der Abgeordnete Gilbert Collard (er behauptete Anfang März, Chatillon „fast nicht zu kennen“, und jener spiele faktisch keine Rolle) versuchten wiederholt, deren Rolle herunterzuspielen. Doch dann kam heraus, dass Chatillon seit Anfang November 2016 als bezahlter Hauptamtlicher der FN-Wahlkampagne eingestellt worden ist. Und eine Recherche der Medien *Marianne* und *Mediapart* förderte zu Tage, dass sein Kumpan Axel Loustau Facebookseiten unter einem halben Dutzend Pseudonymen führt, welche ihm jedoch unzweifelhaft zugeordnet werden können. Auf ihnen sieht man Loustau etwa Hakenkreuze in einen Teller Reis zeichnen oder sein Geburtsdatum ironisch mit „20. April“ angeben, was jeweils eine Reihe von anzüglichen Kommentaren hervorrief. Der Gedanke an „Entdiabolisierung“ stößt sich also immer wieder an der Wirklichkeit... ▶

c. Zum Wahlergebnis (erste Runde der Präsidentschaftswahl)

Der liberale Ex-Wirtschaftsminister Emmanuel Macron mit 24,0 Prozent und die Neofaschistin Marine Le Pen mit 21,3 Prozent der abgegebenen Stimmen gingen, bekanntlich, als die beiden Gewinner aus der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahl vom 23. April 2017 hervor und werden deswegen vierzehn Tage später die entscheidende Runde – die Stichwahl – untereinander austragen.

Tendenziell ist die soziale Zusammensetzung der beiden Wählerschaften, jener Macrons und jener Le Pens im ersten Wahlgang, fast genau umgekehrt. Je geringer das Einkommen und/oder der Bildungsstand ausfallen, desto stärker wächst der Anteil für Marine Le Pen. Die Zahlen variieren; denen der Tageszeitung *Libération* (25. April) zufolge wurde die FN-Chefin überdurchschnittlich bei den Industriearbeitern mit 37 Prozent, den unteren Angestellten mit 32 Prozent sowie den Erwerbslosen mit 27 Prozent gewählt. Die Zahlen beziehen sich natürlich jeweils auf den Teil der sozialen Gruppe, der überhaupt zur Wahl ging und sich nicht der Stimme enthielt. In führender Position, d.h. als stärkste Einzelkandidatin schnitt Marine Le Pen demnach in den Altersgruppen zwischen 35 und 49 sowie zwischen 50 und 59 Jahren ab, also tendenziell bei den Berufstätigen. Die sehr jungen Generationen stimmten dagegen in schwächerem Ausmaß für Marine Le Pen; bei den 18- bis 24jährigen waren es demnach 21 Prozent, womit Marine Le Pen hinter dem Linksnationalisten und Linksozialdemokraten Jean-Luc Mélenchon (jedoch vor Macron) liegt, und bei der 25- bis 34jährigen

waren es 24 Prozent.

Die Rentnerinnen und Rentner wählten hingegen weit unterdurchschnittlich Marine Le Pen – zu knapp zehn Prozent – und dafür überdurchschnittlich den Konservativen François Fillon: Rechte Tendenzen kamen in dieser Altersgruppe nicht dem FN zugute, weil dessen Forderung nach einem Euro-Austritt viele Pensionierte um ihre Ersparnisse fürchten lässt.

In Bezug auf die Geographie lässt sich nahezu eine gerade Linie quer durch das Land ziehen: Im Nordosten, Osten und Südosten Frankreichs wurde Marine Le Pen in vielen Départements (Verwaltungsbezirken) die stärkste Kandidatin in der ersten Runde. Dagegen war dies, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fast nirgendwo westlich einer Linie Le Havre / Marseille der Fall. Die Ursachenforschung dafür fällt relativ leicht: Die industriellen Krisenzonen Frankreichs liegen alle im Osten und im Nordosten. Dagegen hat die Stärke des FN in Südostfrankreich andere Ursachen und baut auf einer anderen sozialen Basis auf; hier spielt vor allem die Präsenz der Pieds Noirs oder früheren Algeriensiedler an der französischen Mittelmeerküste, die eine Art Vertriebenenmilieu bilden, eine wichtige Rolle. Westfrankreich war dagegen lange von ländlichen Sozialbeziehungen und einer starken religiösen Praxis geprägt. Hier bleibt ein konservatives Milieu stark verankert, verweigert sich jedoch dem Front National. Neu hingegen ist der Durchbruch Marine Le Pens in manchen Regionen, in denen der FN bislang eine periphere Rolle spielte. Etwa auf Korsika, dort wird Le Pen stärkste Einzelkandidatin, oder in „Überseegebieten“ wie Französisch-Guyana (dort allerdings vor dem Hintergrund einer starken Enthaltung).

Aus Sicht von Marine Le Pen ist die Konstellation in der

Aus der Diskussion

Bernhard Schmid legte in seinem Vortrag sachkundig, detailliert und unwiderleglich dar, wie sich die Wählerwanderung hin zum Front National zunächst aus der der Wählerschaft der regierenden konservativ-rechten Parteien speiste und sodann aus der Wählerschaft der inzwischen regierenden Linken, so dass sich in der jetzigen Wählerschaft Rechte und Linke mischen.

Dieser Befund entwertet gängige politische Lehrmeinungen. Er lässt sich mit Klassifizierungen wie Arbeit|Eigentum oder Lohnarbeit|Kapital, nicht in Deckung bringen, denn diese Gegensätze integriert der Front National in seiner Wählerschaft.

In der Diskussion sind wir bei der Erklärung dieser Unstimmigkeit stecken geblieben.

Strategiediskussionen der politischen Parteien gehen gewöhnlich davon aus, dass die Wählerschaft von Mitte-Rechts-Regierungen schrumpft, weil diese das rechte Spektrum nicht abdecken, umgekehrt bei Mitte-Links-Regierungen. Die Konsequenz solcher Debatten ist eine Schwerpunktverschiebung der rechten Mitte in Richtung rechts außen und der linken Mitte in Richtung links außen. Eine solche Verschiebung hat sich im französischen Wahlkampf gezeigt, aber den Front National nicht zerlegt. Wieso nicht?

Denkbar wird das, wenn die Enttäuschten Skandale vorfinden, die sich kritisieren lassen, ohne den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital bemühen zu müssen.

Eine solche Vorlage liefert das Phänomen der Korruption und zwar gesteigert, wenn sich Fälle von Staatsversagen häufen und im Alltag erlebt werden. Wenn die Qualität von öffentlichen Diensten und Leistungen absinkt und Reproduktionsprozesse scheitern, die im Rahmen der gegebenen Verhältnisse lange Zeit funktionierten, erhält eine Kritik Auftrieb, die sich nicht an den grundlegenden sozi-

alen Verhältnissen abarbeiten muss, sondern auf das Versagen und / oder Verbrechen der politischen Machthaber abstellt: Versager. Diebe. Volksverräter.

Dass „diese Leute“ „weg müssen“ wird logische Notwendigkeit, die Wahlen das gegebene, wenn auch nicht das einzig denkbare Mittel.

So wird eine übergreifende und rigorose politische Opposition möglich, innerhalb derer tiefgreifende weltanschauliche Unterschiede zwar bestehen, aber nicht zur Sprache gebracht werden müssen.

Die Versagensfälle werden als Beweis der Dummheit und/oder Verderbtheit der Machthaber verbucht und im Kampf für deren Ablösung verarbeitet. Dabei geht es nicht nur um die Spitzenfunktionen, sondern um das weite Feld des Personals in öffentlichen Diensten oder in Firmen, die öffentliche Aufträge besorgen.

So wird die Eroberung politischer Macht zum Interesse von Vielen. Wenn das die Bewegung zusammenhält, kann sie Kritik an einzelnen ihrer Aussagen, Forderungen und Hasstiraden ziemlich locker abschütteln.

Anders, wenn überzeugende Ideen und Taten zur Verbesserung öffentlicher Dienste und Leistungen sowie der sozialen Rechte ins Spiel gebracht werden. Dabei kommt es nicht nur auf die Regierung an. Beinahe noch wichtiger ist die Qualität der linken Opposition, die verbessernde Kritiken entwickeln und die öffentliche Meinung dafür gewinnen kann.

Besonders fordernd stellt sich die Aufgabe mit Blick auf die Situation der Europäischen Union, Stichworte Menschenrechte und Sozialunion. In der öffentlichen Meinung der Länder Europas wächst das Verständnis für dieses Aufgabenpaket, es wäre schön, wenn auch die europäische Linke ihren Teil dazu beitragen könnte.

Martin Fochler, München

Stichwahl ideologisch optimal. Aus ihrer Sicht – die einfach die Vorzeichen gegenüber der Wahrnehmung der Macron-Anhänger umkehrt, denen zufolge es sich um eine Gegenüberstellung von „offener Gesellschaft“ und „nationalem Rückzug“ handelt – stellt sie die Kräfte einer zerstörerischen Globalisierung und seelen-, da grenzenlosen Welt denen des „eingewurzelten Patriotismus“ und der unterschiedlichen nationalen Identitäten entgegen.

Dass Marine Le Pen in den Umfragen der letzten zwei Wochen vor der Wahl, und in den Stimmerngebnissen selbst, auf den zweiten statt wie ursprünglich erwartet auf den ersten Platz kam, hängt mit einer gewissen Abnutzung ihrer Wahlkampagne zusammen. Vor allem aber bekam es ihr nicht gar zu gut, dass sie am Sonntag, den 9. April 2017 die historische Verantwortung Frankreichs für die „Razzia vom Velodrome d’Hiver“ – eine Massenverhaftung von 13 000 Juden im Juli 1942 durch französische Polizeikräfte unter der nazideutschen Besatzung – in einem Fernsehinterview abstritt.

Zwar wiederholte sie damit theoretisch nur einen Kernsatz der Doktrin des historischen Gaullismus, der zufolge „Vichy nicht Frankreich war“, sondern eine Art Fremdkörper in der Nation darstellte; Charles de Gaulle hätte hinzugefügt, dass das wahre Frankreich ja ab 1940 in London saß. Nicolas Sarkozys Redenschreiber ab 2007, Henri Guaino, der sich in seinem Größenwahnsinn für einen Wiedergänger der Seele de Gaulles oder seines Kulturministers André Malraux hält, gab zwar Marine Le Pen öffentlich darin Recht. Doch in den Augen der breiten Öffentlichkeit hat es den Front National in gewisser Weise renazifiziert, dass er das Thema der Nazikollaboration anspricht, da die offenen Sympathien zu Zeiten des früheren Parteichefs Jean-Marie Le Pen nur notdürftig zugedeckt wurden. Und am frühen Vormittag des 28. April d.J. musste der Front National in Windeseile seinen Interimsvorsitzenden Jean-François Jalkh absetzen, der den Parteivorsitz zwei Tage vorher übernommen hatte, nachdem Marine Le Pen ihr Amt bis zum Ende der Präsidentschaftswahl ruhen ließ. Ein Journalist der katholischen Zeitung *La Croix* hatte ein Zitat von Jalkh – Mitglied des FN seit 1974 – aus dem April 2000 aufgefunden. Darin behauptet er, Massenvergasungen in den nationalsozialistischen Lagern habe es nicht geben können, weil die Belüftungstechnik dies nicht zugelassen hätte.

Entscheidend wird nun sein, wie sich das Potenzial der unterlegenen Kandidaten aufteilen wird. Am Abend des ersten Wahlsonntags erklärten sich 48 Prozent des mit genau zwanzig Prozent gescheiterten konservativen Kandidaten François Fillon bereit, in der Stichwahlrunde für Macron zu stimmen, 33 Prozent wollen jedoch für Le Pen stimmen.

Fillon selbst rief zur Wahl Emmanuel Macrons auf, die rechtskatholische Ex-Ministerin der Sarkozy-Ära (2007 bis 2012) Christine Boutin etwa tendiert explizit zu Marine Le Pen. Ihr wurde allerdings ein Dämpfer vom FN-Vizevorsitzenden Florian Philippot verpasst: Der junge Politiker – dessen Homosexualität bekannt ist – zeigte sich in einem Radiointerview am 24. April wenig von der 2016 wegen homophober Äußerungen gerichtlich verurteilten religiösen Fanatikerin Boutin angetan. Er wollte sie denn auch nicht als „Unterstützerin“ bezeichnet wissen, sondern stufte sie nur als „eine Wählerin neben anderen“ ein. Christine Boutin bleibt allerdings bei ihrer Orientierung, da sie ja nicht für Le Pen stimme, sondern „gegen Macron“ als „besonders familienzerstörender Politiker“, unter Anspielung auf dessen oft unterstellte Homosexualität. Auch die organisierte Reststruktur aus der Bewegung gegen die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare (2013), *La Manif pour tous* oder „die Demo für alle“ positionierte sich ähnlich. Ihre Sprecherin Ludovine de la Rochère forderte ihre

[https://de.wikipedia.org/wiki/Bernhard_Schmid_\(Autor\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bernhard_Schmid_(Autor)) Schmid studierte Jura in Köln und Paris und verfügt über ein abgeschlossenes Jurastudium mit Promotion. Er lebt seit Mitte der 1990er Jahre in Paris und arbeitet als Jurist für die Gewerkschaft CGT sowie eine antirassistischen Organisation. Neben seinem Beruf ist er als freier Journalist tätig und hat mehrere Bücher verfasst. Beim Unrast-Verlag, Münster, erschienen bisher vier Sachbücher, »Algerien—Frontstaat im globalen Krieg?«, »Das koloniale Algerien«, »Der Krieg und die Kritiker« und »Frankreich in Afrika. Eine Neokolonialmacht in Europa im 21. Jahrhundert«. Bei der edition assemblage, Münster, erschienen die beiden Sachbücher »Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten« und »Distanzieren, leugnen, drohen – Die europäische extreme Rechte nach Oslo« veröffentlicht. Bernhard Schmid konzentriert sich auf die Themengebiete extreme Rechte in Frankreich und Europa, Algerien und französischsprachiges Afrika sowie Gewerkschaften und soziale Bewegungen in Frankreich.

Anhängerinnen und Anhänger dazu auf, im Sinne einer „Verhinderung Macrons“ zu wählen.

Die weniger religiöse, doch für rassistische Aussprüche – etwa ihre Forderung zur „Verteidigung der weißen Rasse“ – bekannte konservative Ex-Ministerin Nadine Morano polterte empört gegen den Aufruf ihres vormaligen Präsidentschaftskandidaten Fillon (und anderer konservativer Spitzenpolitiker) zur Macron-Wahl drauf los.

Im Lager des Linksozialdemokraten und Linksnationalisten Jean-Luc Mélenchon – er wurde mit 19,6 Prozent Vierter – tendieren laut Zahlen von *Le Monde* über fünfzig und bis zu 62 Prozent der Wählerinnen zu Macron, und je nach Umfrage zwischen neun und zwanzig Prozent zu Le Pen. Allerdings gibt es in der Arbeiterwählerschaft Mélenchons stärkere Widerstände gegen eine Unterstützung für den wirtschaftsliberalen Kandidaten Emmanuel Macron. Der gescheiterte Kandidat Mélenchon selbst weigerte sich bislang, eine Stimmempfehlung abzugeben. Er begnügte sich seit dem Wahlabend mit dem Hinweis, 450 000 Personen, die sich auf seiner Webseite als Unterstützerinnen und Unterstützer registrierten, dürften nun ihre Meinung äußern. Auf elektronischem Wege solle sie über die vorhandenen Optionen abstimmen – einen Wahlauftrag zugunsten Macrons, einen Appell zur Enthaltung, zum Ungültigstimmen oder gar keine Aussage. Nur eine Unterstützung Le Pens wird nicht in Betracht gezogen. Die Ergebnisse sollen ab dem 2. Mai, nach Abschluss dieses Artikels, vorliegen. Unterdessen verkündete Mélenchon allerdings bereits am 26. April 17, er werde nicht verraten, ob bzw. für wen er im zweiten Wahlgang abstimme.

Erstmals erklärte am 24. April eine vermeintlich linke Stimme, die neostalinistische Webseite Canempechepas-nicolas – die bislang Mélenchon „kritisch unterstützte“, ihm jedoch einen mangelnden EU-Austrittswillen vorwarf – Macron zum größeren und Le Pen zum kleineren Übel.

Marine Le Pen und der FN buhlen ihrerseits nunmehr auf betonte Weise um die vormaligen Mélenchon-Wähler. Aus der rechtsextremen Partei wurde dazu ein eigenes Flugblatt in Umlauf gebracht, das die vermeintlichen „gemeinsamen Punkte“ zwischen beiden Kandidaten – wie sozialpolitische Formulierungen oder die Forderung nach Nato-Austritt – unterstreicht. Auch Philippot strich den Wählerinnen und Wählern des Linkskandidaten in seinem Rundfunkinterview erkennbar Honig um den Mund.

Entscheidende Bedeutung wird nun sicherlich noch der Fernsehdebatte zwischen den beiden übriggebliebenen Präsidentschaftsbewerbern, Macron und Le Pen, am 3. Mai 2017 zukommen.

(Redaktionsschluss dieser Ausgabe der *Ergebnisse und Materialien* war am 3. Mai 2017. Anm. der Redaktion).

Die Rechten wollen die Kulturhoheit – Illusionen darüber wären mehr als fatal

Von Eva Detscher, Karlsruhe

Bei der Winterschule der ArGe hatten wir in der Matinee am Samstagmorgen zwei Beiträge, die den Blick für das Wirken der Rechten schärfen sollten: Thilo Janssen hatte die Personen und strategischen Ziele der Rechtsaußen-Parteien in Europa dargestellt. Eva Detscher hat den Versuch unternommen, dem Konzept nachzuspüren, das der AfD-Politiker Jongen im Angebot hat: taugt sie für eine ideologische Vereinheitlichung der Rechten?

Die neue Rechte

Die Vorträge haben weitere Untersuchungen erforderlich gemacht. Dabei kann man sich auf gute Recherche-Arbeit von öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten stützen. „Die Neue Rechte“ war Titel eines Features des WDR 5 vom 16.01.2017. Dort wurden die „Chefideologen aus dem rechten Lager, die sich offen ‚Die neue Rechte‘ nennen“, vorgestellt – ein Begriff, den 1968 junge Intellektuelle bei der NPD aufbrachten. Allen voran Götz Kubitschek (Jg. 1970), der skrupellos den Boden für eine völkische „Umwälzung“ in Deutschland bereiten will. In Schnellroda in Sachsen-Anhalt haben „Kubitschek und seine Frau Ellen Kositzka vor rund 15 Jahren ein Haus gekauft, sie nennen es Rittergut. Von dort aus vertriebt Kubitscheks Verlag Antaios Bücher rechtsgerichteter Autoren, dort erscheint ihre Zeitschrift Sezession. Auch das sogenannte Institut für Staatspolitik hat hier seinen Sitz, regelmäßig lädt es zu „Akademien“ in die Provinz ein.“ (Zitat aus Zeit-Online vom 28.2.17). „Wir wissen, wer wir sind. Wir kennen unsere Geschichte. Wir haben eine Vorstellung davon, wie diese Geschichte weitergehen soll, wo wir hinwollen“, für Kubitschek alles eine Frage der Zeit, dass die „Auswahl von Köpfen, die dieses Volk, diese Nation regieren und führen soll“ mit einer „effizienten Form der Herrschaftsbeteiligung“ herrschen werden. In Kubitscheks Biographie spielt der Wehrdienst eine entscheidende Rolle: „Das Militär hat mich richtig politisiert. Also letztlich der Untergang dieser Armee.“ Weitere Daten: Studium aufs Lehramt; Redakteur der rechten Wochenzeitschrift Junge Freiheit; freiwilliger Reserveoffizier-Einsatz in Bosnien im Zuge des SFOR-Mandats als Zugführer für eine Einheit „psychologische Kriegsführung“. Kubitschek posiert gerne in der Rolle „als ‚Ideologie-Tankstelle‘ des nationalkonservativen AfD-Flügels“ ... als ‚Kraftzentrum‘ der Neuen

Rechten“ ... „als ‚Vordenker‘ einer Strömung, die sich vom Nationalsozialismus abgrenzt, aber über die Denker der Konservativen Revolution wieder an völkisches Denken anschließe“ (Zitat aus Zeit-Online vom 28.2.17).

Politische Ziele – „Metapolitik“

Samuel Salzkorn, Göttinger Rechtsextremismus-Forscher, nennt zwei politische Ziele der neuen Rechten: den Versuch einer Intellektualisierung des Rechtsextremismus und der völkischen Positionen und die Erringung einer kulturellen Hegemonie. Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler und Publizist, rechnet neben Kubitschek und Kositzka Marc Jongen (AfD-Vorstandsmitglied) und Karl-Heinz Weißmann (publiziert in der „Jungen Freiheit“) zu dieser Truppe. Richard Herzinger, Redakteur der „Welt“, weist auf das politische Ziel „Ethnopluralismus“ der Rechten hin: Der Begriff ‚Rasse‘ würde ersetzt durch ‚Kulturen‘. „Die Kulturen dürfen sich nicht vermischen. ... Alle Völker sollen in ihrem originären Zustand belassen bleiben und nebeneinander her existieren.“

Mit dem in Kubitscheks Verlag in Deutschland publizierten Buch „Revolte gegen den großen Austausch“ gilt der französische Autor Renaud Camus als ideologischer Stichwortgeber. Camus wird als Vordenker des Front National und der Identitären behandelt.

„Die Opfer des Weltkriegs auf deutscher Seite würdigen und zur Kenntnis nehmen“, fordert der sich selbst als „moderat rechts“ bezeichnender Marc Jongen in dem WDR-Beitrag – Korrekturbedürfnis in der Erinnerungskultur. „Moderat“ ist gar nichts an seinen Äußerungen gegen die Gesellschaft, die er abwertend „multikulturell“ beschimpft: „... wenn es zu einem Ernstfall kommt ... wenn das Zusammenleben ernsthaft getestet wird durch ungewöhnliche Zeitläufe ... in Friedenszeiten ist das alles kein Problem ...“. Alles, was „undeutsch“ ist, wird abgelehnt. Der Begriff der Identität wird völkisch und nationalistisch determiniert.

Abschließend zitiert der WDR den Sozialforscher Kurt Lenk aus „Rechts, wo die Mitte ist“: „Wir und die anderen“ – damit verbunden sei die entschiedene Ablehnung der Menschenrechte, wie sie in demokratischen Verfassungen verankert ist. □

Alle nicht extra gekennzeichneten Zitate stammen aus dem WDR-Beitrag vom 16.1.17

Peter Sloterdijk: Grenzgänger rechts, aber bestimmt kein Chefideologe

Von Alfred Küstler, Stuttgart.

Warum Professor Peter Sloterdijk? Wir kamen auf ihn, weil an seinem Lehrstuhl der schon vorgestellte AfD-Vorständler Marc Jongen als Assistent beschäftigt ist. Marc Jongen bezieht sich in seinen (wissenschaftlichen) Publikationen (z.B. „Sein und Raum“) positiv auf seinen Chef, also lag es nahe sich mit dessen Publikationen zu beschäftigen. Als Hauptwerk gilt die 1998 bis 2004 veröffentlichten drei Bände mit den Titeln „Sphären I, II und III“, in denen der Autor, laut eigener Darstellung, den Versuch unternimmt, „die Geschichte der Menschheit zu erzählen“. Ich würde sagen, er scheitert damit, weil das unmöglich ist. Sein Blick auf „die Menschheit“ ist sehr europäisch, meistens auch nur deutsch. Seine philosophischen Vorbilder sind Nietzsche und vor allem Martin Heidegger. Von letzterem lässt er sich auch an den rechten Rand führen, weiß das allerdings und vor allem, dass es das Publikum weiß, und macht dann Aus-

weichmanöver. Ein Beispiel: Zum auch von Heidegger geschätzten Carl Schmitt und seiner Theorie vom Ausnahmezustand äußert sich Sloterdijk im Zusammenhang mit dem Thema Zusammenhalt der Gruppe als effektive Überlebens-einheit:

„Die äußersten Stress-Momente als Ernstfälle oder Ausnahmezustände zu bezeichnen heißt nicht, von säkularisierten theologischen Begriffen Gebrauch zu machen, wie die Anhänger Carl Schmitts es ihrem Meister nachsprechen. Der Ausnahmezustand ist ... die politisierte Form einer biologischen Standardsituation, auf welche die Primaten-, also auch Menschenkörper, mit einem angeborenen, endokrinologisch (hormonell, A.K.) gesteuerten Programm extremer Energiefreisetzung und syntonischer (zusammenklingender, A.K.) Solidarisierung antworten. Sein Vorliegen wird durch ein kognitives Schema, das Ernstfallurteil, festgestellt.

Weil dieses einen intellektuellen und moralischen Aspekt enthält, ist es von kultureller Variation betroffen. Folglich bedeutet Stress nicht das ganze Schicksal – Gelassenheit im Angesicht der Gefahr ist die spezifische Chance des Menschen.“ (Sphären III, Schäume, S. 418) Und ein paar Seiten weiter nimmt er beinahe alles wieder zurück: „Nur eine neu definierte Zivilisation jenseits von Sieg und Niederlage wäre in der Lage, die große Stress-Reaktion und die ontologische Ernstfall-Wut zu virtualisieren und in sportlichen Beinahe-Ernstfällen zu zähmen.“ (Seite 426)

In einem gewissen Gegensatz zu Carl Schmitt hält er also Kampfvermeidung für die (manchmal?) klügere Reaktion. Er setzt diese Passage allerdings dann fort mit Betrachtungen mit Vergleichen zum Tierreich, wo das „Leittier“ entscheidet, ob Kampf oder Flucht die richtige Reaktion auf den Ausnahmezustand sind.

Dieses eine Beispiel, es lassen sich noch zahlreiche andere finden, soll genügen, um die Gedankenwelt von P. Sloterdijk zu charakterisieren. Dennoch eignet er sich nicht als Chefideologe für eine rechte Partei. Er war Rektor der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe, er sah seine Aufgabe darin, im Grenzbereich von Kunst und Gebrauchskultur, Studenten zu erziehen, wie sie Aufmerksamkeit erregen können,

Die AfD und die „Junge Freiheit“ von Ulrike Detjen

Die „Junge Freiheit“ erscheint heute als Wochenzeitung mit einer tatsächlich verbreiteten Auflage von ca. 28 000 Exemplaren, das ist doppelt so viel wie vor zehn Jahren. Sie hat mit dem Aufkommen von Pegida und AfD erhebliche Auflagenzuwächse erlebt.

Entstanden ist sie im Jahr 1986 Schülerprojekt des Chefredakteurs Dieter Stein, ein rechtskonservativer Burschenschaftler. Sie erschien zunächst als A4-Hefchen. 1990 gründeten zehn Autoren die Junge Freiheit GmbH, zunächst erschien das Blatt monatlich, seit einigen Jahren wöchentlich. Sie erschien zunächst in Freiburg, dann in Potsdam und seit einiger Zeit hat das Blatt seinen Sitz in Berlin. Die Zeitung hat drei Standbeine – zum einen die Zeitung, die im Verlag Junge Freiheit GmbH & Co KG erscheint. Der Verlag hat nach Angaben des Chefredakteurs 7000 Spender und 350 Kommanditisten. Zum zweiten das Verlagsgeschäft – es erscheinen Broschüren zum Teil in hunderttausender Auflage z.B. gegen Gendermainstreaming oder Einbruchskriminalität. Und drittens die „Bibliothek des Konservatismus“, deren Grundstock die Privatbibliothek von Caspar von Schrenk-Notzing und der Nachlass von Günther Rohrmoser ist. Hier finden regelmäßig Veranstaltungen statt und auch die Berliner AfD trifft sich hier.

Die „Junge Freiheit“ hat die verschiedenen rechten und rechtskonservativen Parteibildungen hoffnungsvoll begleitet, der Chefredakteur war selbst eine kurze Zeit Mitglied bei den Republikanern. Sie hat immer versucht, eine gewisse Distanz zur NPD zu halten und sich damit erfolgreich der Beobachtung durch den Verfassungsschutz widersetzt.

2009 schrieb Dieter Stein: Es sei „höchste Zeit für die Formierung eines starken konservativ-freiheitlichen Widerlagers“ (JF 41/2009), das in der Lage sei, die staatstragenden Parteien, insbesondere aber „die Union von rechts unter Druck“ zu setzen. Es müsse eine parlamentarische Partei rechts von CDU/CSU her, die nicht im Geruch der Nachfolge des Nationalsozialismus steht.

Mit der AfD ist für das Blatt eine solche Partei entstanden. Über die AfD sagt der Chef Dieter Stein: „Die AfD formuliert in einer ganzen Reihe von Punkten Positionen, die bislang im Parteienspektrum gefehlt haben: Zuwanderung, Asylfrage, Euro-Debatte, Demografie, Familie. Das sind alles Themen, die die Union früher vertreten und dann

um letztendlich Produkte als erregend und interessant zu veredeln. Und Aufmerksamkeit und Erregung verursachen seine Ansichten allemal.

Ich denke, die Vorstellung, dass sich eine rechte Partei und ihre Führer, eine Weltanschauung zusammenbauen und dann dafür Anhänger suchen, trifft sowieso nicht zu. Eher läuft es andersherum: eine Bewegung um konkrete Ziele sammelt sich, hat Erfolg und benötigt dann für eine dauerhafte Existenz einen Ausbau ihres weltanschaulichen Hintergrundes. Das Problem der AfD (oder besser gesagt, das Glück der Mehrheitsgesellschaft) ist, dass sie ein Konglomerat von Ideologien umfasst: von den bibeltreuen Christen, die sich über die Abtreibung und Homoerregung, über Wirtschaftsnationalisten, die den Euro abschaffen wollen, über Kulturimperialisten, die den Islam verachten, bis hin zu extrem völkischen Flüchtlingshassern, die dann auch dem Christentum, soweit es internationalistisch ist, sehr skeptisch gegenüberstehen. – Eine alles oder vieles überspannende Ideologie gibt es bei der Rechten derzeit nicht, und dürfte auch schwer zu entwickeln sein. Ihre Rechnung setzt auf den Ausnahmezustand, in dem es zuzugreifen gilt. Daher auch immer der Versuch der rechten Parteien, die Situation als Katastrophe zu beschreiben. □

eben geräumt hat. Das haben wir in der JF ja nun wirklich rauf- und runterdekliniert, dass das eine Repräsentationslücke ist, die besetzt gehört.“ (Die Zeit, 23.7.2015, Gespräch mit Dieter Stein) Offiziell ist das Blatt unabhängig. Inoffiziell teilt z.B. Alexander Gauland mit: „Wer die AfD verstehen will, muss die ‚Junge Freiheit‘ lesen“. In Thüringen beantragte die AfD-Fraktion die Aufnahme der JF in den Pressespiegel von Landtag und Landesregierung. Und im Bericht über seine 30. Geburtstagsfeier vermeldete das Blatt stolz, es seien unter den 800 Gästen auch zwei Dutzend Landtagsabgeordnete bei der Feier anwesend gewesen: „Darunter die AfD-Fraktionsvorsitzenden Jörg Meuthen, Uwe Junge und Alexander Gauland, die Europaabgeordnete Beatrix von Storch und mehrere Dutzend Landtagsabgeordnete verschiedener Parteien.“

Es gibt personelle Überschneidungen: Bastian Behrens, wichtiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“ und deren angeschlossener Projekte ist Mitglied der AfD Berlin. Ronald Gläser, Medienredakteur der „Jungen Freiheit“ ist Beisitzer im Vorstand der AfD Berlin; Henning Hoffgaard, ehemaliger Anti-Antifa-Fotograf der „Jungen Freiheit“, ist Pressesprecher der Fraktion der AfD Mecklenburg-Vorpommern im Landtag; Frank Schilling, Chef des Berliner Medienverbands, AfD Bezirksverband Berlin Charlottenburg; Torsten Uhrhammer, „Junge Freiheit“, Autor und Mitglied der AfD Hamburg; Steffen Königer, AfD-Abgeordneter im Potsdamer war als Redakteur zuständig für Zeitgeist, Medien, Meinung und Leserbrief. Philipp Runge, in der Bundesgeschäftsstelle der AfD für Strategie, Planung und Kampagnen zuständig, war zuvor Pressesprecher der Zeitung. Und Andreas Harlaß, mittlerweile Sprecher von Frauke Petrys Dresdner Landtagsfraktion, war Autor der Wochenzeitung.

Das hat inhaltliche Gründe:

1. Das sogenannte „marktwirtschaftliche Profil“ in Verbindung mit der Ablehnung des Euro. 2011 riet das Blatt der FDP: „Inzwischen ist Deutschland eingekreist von erfolgreichen rechtsliberalen Formationen, die das nationale Interesse zu vertreten wissen: Die SVP in der Schweiz, die Freiheitlichen in Österreich, die Venstre in Dänemark, die VVD und PVV in den Niederlanden, die Fidesz-Partei in Ungarn. Wenn die FDP wollte – und sich vom träumerischen Linksliberalismus trennt –, sie könnte als pointiert

rechtsliberale Formation große Teile des von der CDU enttäuschten Bürgertums aufnehmen.“ Der Nationalliberalismus ist – manche erinnern sich vielleicht an die Kritik von Reinhard Opitz – ein zentrales Bindeglied rechtskonservativer Vorstellungen. Das ist eine Linie, die das Blatt seit langem verfolgt – als die JF den nationalliberalen Flügel der FDP und den Bund freier Bürger unterstützte. Bei beiden Gruppierungen gibt es Personenkontinuität in die AfD. Oder auch Olaf Henkel, dessen Abkehr vom Euro das Blatt in mehreren Artikeln und Interviews feierte – noch vor der Gründung der AfD.

2. Ein rechtskonservatives Familienbild – Artikel gegen Gender, für die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa verbreitete Kleinfamilie erscheinen fast in jeder Ausgabe des Blattes: Ein Beispiel: „Schluss mit dem Gender-Irrsinn, der alle möglichen Daseinsformen höher achtet als Ehe und Familie. Genderisten machen nicht glücklich, Kinder schon, auch wenn sie es einem nicht immer leicht machen.“ Und die brandenburgische AfD in einer Landtagsdebatte im Jahr 2015: „Schluss mit dem Gender-Wahnsinn, der Gleichmacherei der Geschlechter.“

3. Ein völkisch-nationalistisches Gesellschaftsbild. Neben dem Euro hetzt das Blatt vor allem gegen die „ungeregelte“ Einwanderung. Dabei findet es durchaus erwünschte Einwanderer, die „sich ohne Vorbehalt mit Staat und Nation“ identifizieren und lehnt die Einwanderung aus muslimisch geprägten Ländern schroff ab. Da fallen Begriffe wie „orientalische Landnahme“ und der Islam wird als unvereinbar mit bundesdeutscher Gesellschaft betrachtet, die Berücksichtigung islamischer Bräuche (Schweinefleisch, Kopftuch

...) als vorausseilende Unterwerfung unter moslemische Machtansprüche. Die AfD hat in ihrem Grundsatzprogramm festgehalten: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“

4. Ein parteifeindliches Staatsverständnis. Chefredakteur Dieter Stein kommentierte nach den Landtagswahlen im September 2016: „Die Hoheit über das eigene Territorium, die Frage, wer Aufnahme finden und welchen Regeln er sich unterwerfen soll, ist die Quintessenz politischer Gemeinschaften. Mit Verblüffung müssen die Angehörigen der sich in postnationalen Kosmopolitismus fortphantasierenden politischen Klasse realisieren, dass das Volk offensichtlich eine weitere Verfüssigung nationaler Souveränität nicht wünscht.“

Die AfD hält in ihrem Grundsatzprogramm fest: „Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren. Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatäre der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei.“

Die AfD hat sich Stück für Stück dem angenähert, was die Gruppe um die Junge Freiheit als rechtskonservativen Nationalstaat anstrebt. Das Blatt hofft nun auf die Entstehung einer neuen Volkspartei – völkisch-nationalistisch, aber wählbar für das konservative Bürgertum. □

Zur Vorbereitung der Aktionen gegen den AfD-Parteitag in Köln Von Jörg Detjen

Liebe Genossinnen und Genossen, am 22. April wird der Bundesparteitag in Köln stattfinden. Wir gehen von 20 000 bis 30 000 Teilnehmern aus. Es gibt drei Veranstaltungen, den Aufruf von Köln stellt sich quer unterstützen über 80 Organisationen. In den letzten zehn Jahren gab es immer abgestimmte Demonstrationen bei ähnlichen Anlässen: Die Bündnisarbeit, das gegenseitige Wertschätzen der unterschiedlichen Aktionen, ob Blockade, ziviler Ungehorsam oder Protest. Es gab immer ein ziviles Nebeneinander. Das ist diesmal anders. Es gibt zwei Demonstrationen und viel Stress zwischen den Bündnissen. Was steckt dahinter?

Vier Gedanken zur Diskussion:

1. Wie geht man mit der AfD um?

Als vor einem Jahr beim Birlikte-Festival (anlässlich des Jahrestages des NSU-Anschlages in der Kölner Keupstraße) Konrad Adam, ein bekannter AfD-Politiker und -Gründer vom Schauspielhaus und dem WDR eingeladen wurde, entbrannte ein heftiger Streit. Beide Bündnisse kritisierten die Veranstalter und forderten die Absetzung der Veranstaltung.

Die Veranstalter gaben ihre Pläne nicht auf und fanden das besonders intelligent. Es kam so, wie man sich das denken kann: Das Bündnis aus der Antifa-Szene besetzte die Bühne, die Veranstaltung und die Live-Übertragung des WDR mussten abgebrochen werden.

Das fanden die SPD-Leute in dem anderen Bündnis „Köln stellt sich quer“ anmaßend und demütigend. Versuche, die Differenzen zu kitten, schlugen fehl.

Im Rahmen der Wahl in Berlin 2016 gab es eine Vereinbarung unter den kandidierenden Parteien, Rechtspopulisten keine Bühne zu geben. Diese Erklärung gilt meines Wissens immer noch und wird auch bei uns im Kölner Rat und in vielen anderen Landtagen und kommunalen Räten praktiziert.

Auffällig ist aber, dass bei den Landtagswahlen in NRW

inzwischen vielfach auch die AfD eingeladen wird. Auffällig ist aber auch, dass die AfD bei solchen Diskussionsrunden ein schwaches Bild abgibt.

2. Intellektueller Zweifel

Es gibt inzwischen im liberalen- und demokratischen Lager auch sonderbare Theorien. Z.B. vertritt Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani, von der FH Münster die Theorie, Rechtspopulisten sind so stark, weil es uns so gut gehe.

Es herrscht eine gewisse Ratlosigkeit, wie man mit den neuen Erscheinungen des Rechtspopulismus umgehen soll und wie es kommen kann, dass Trump Präsident der USA werden konnte.

3. Kosmopoliten und Demokratinnen und Demokraten: Bringt uns das weiter, wenn die demokratischen Parteien gegenüber der AfD enger zusammen stehen als je zuvor, aber gleichzeitig CDU, CSU, FDP und SPD Inhalte der AfD aufschlabbern.

Z.B. bei der Inneren Sicherheit? Auch die Grünen und die Linke sind davor nicht gefeit. Wäre es nicht wichtig, soziale und emanzipatorische Forderungen zu entwickeln, die allen Menschen in Europa sozialen Halt und Grundrechte verschaffen?

4. NPD-Verbot setzt neue Maßstäbe

Das NPD-Verbot legalisiert Rassismus und Neofaschismus, indem es die NDP für verfassungsfeindlich erklärt, aber ein Verbot, also eine Isolation dieser Positionen ablehnt, weil sie nicht gefährlich seien. Das Bundesverfassungsgericht setzt nunmehr andere Normen als noch beim KPD-Urteil.

Diese Art Legalisierung wird Gegenprotest hervorrufen. Das Recht auf Widerstand ist damit in die Grenzen verwiesen worden. D.h. die Gefahr ist groß, dass eine Radikalisierung von Links einen Grund hätte, ohne ihn rechtfertigen zu wollen.

Ist nicht auch dies ein Grund, warum Bündnispolitik komplexer wird? □